

**DIE FRANZ W. SEIDLER
KOLLABORATION**

HERBIG

**DIE FRANZ W. SEIDLER
KOLLABORATION**

1939 - 1945



HERBIG

Während die Deutschen die Geschichte des Dritten Reiches in 50 Jahren aufgearbeitet haben, fehlt bei vielen europäischen Ländern das Eingeständnis, daß Hitler auch aus ihren Reihen unterstützt wurde. Die Art und Weise, wie man mit den Kollaborateuren nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges umging, verdient eine nähere Erörterung.

Vorliegendes Handbuch enthält die Lebensabrisse von 177 Frauen und Männern, den wesentlichsten Vertretern der weltweiten Kollaboration mit Deutschland von 1939–1945. Mancher Leser wird überrascht sein, wenn er neben den bekannten Kollaborateuren Pétain, Degrelle, Horthy, Wlassow, Laval oder Quisling auf Namen stößt wie Pound, Céline, Brassilach, Bardèche, Drieu La Rochelle, Hamsun oder Hedin. Der Autor zeigt, daß man mit der abschätzigen Bezeichnung »Kollaborateur« – der während des Krieges wertneutral gebrauchte Begriff wurde erst nach dem Krieg zu einem Schimpfwort wie der Ausdruck »Nazi« – den Personen, die hier skizziert werden, nicht immer gerecht wird. Er beschreibt ihre Motive und die Auswirkungen ihres Tuns für ihr Land, für Deutschland und für sie persönlich.

Der Leser wird keine italienischen oder spanischen Namen finden, da Italien und Spanien originäre faschistische Staaten waren. Die Zusammenarbeit ihrer Bürger mit Deutschland fällt somit nicht unter den Begriff Kollaboration. Nur wer in den von der Wehrmacht besetzten Län-

nachweisen konnten. von den Chamoires Civiques wurden bis zum 31.12.1948 insgesamt 48 476 Angeklagten die bürgerlichen Rechte abgesprochen (indignité nationale). 19 881 Beschuldigte wurden freigesprochen.

– Die »Tribunaux Militaires«, die Kriegsverbrechen zu bestrafen hatten, verurteilten überwiegend Angehörige der Besatzungsmacht. Aber auch Mitgliedern der französischen Miliz wurde der Prozeß gemacht, wenn sie Gefangene und Verwundete erschossen oder an Greueln gegen die Résistance beteiligt gewesen waren, die sich als kombattante Organisation betrachtete.

– Der »Haute-Cour de Justice« war der höchste französische Sondergerichtshof. Er bestand gemäß Erlaß vom 18.11.1944 aus drei Richtern und 24 Geschworenen, die von Abgeordneten der Verfassungsgebenden Nationalversammlung aus zwei Listen ausgewählt wurden. Von diesem Gericht wurden 108 Minister, Staatssekretäre, Generalsekretäre, Generaldelegierte, Generalkommissare und Generalgouverneure verurteilt, die den Regierungen zwischen Juni 1940 und August 1944 angehört hatten. Vor dem Haute Cours de Justice hatten sich auch das Staatsoberhaupt und der Regierungschef des nicht besetzten Frankreichs zu verantworten. Beide wurden zum Tode verurteilt, der 89jährige Pétain jedoch zu lebenslanger Haft begnadigt.

Keine der Freiheitsstrafen, die ausgesprochen wurden, wurde bis zum Schluß vollstreckt. 1951 wurden 1112 Gefangene amnestiert. Von den 29 401 Häftlingen vom März 1946 blieben im November 1951 nur 2939 übrig. 1980 gab es nur noch eine Handvoll Kollaborateure im Strafvollzug. Als letzter wurde 1994 der Geheimdienstchef der Miliz von Lyon, Paul Touvier, wegen der Erschießung von sieben Juden zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Kritik an der französischen Säuberung setzte bereits 1947 ein. Einer ihrer frühen Vertreter war Maurice Bardèche, der die Hinrichtung seines Schwagers Robert Brasillach als Justizmord aufklären wollte. Marcel Aymé unterstützte ihn mit seinem satirischen Roman »Uranus« (1948). Ab 1950 stellte Jean Pleyber die Übergriffe gegen die Kollaborateure chronikartig in der Monatszeitschrift »Ecrits de Paris« zusammen. Gleichzeitig wurden die Heldenlegenden der Résistance zerpfückt. Die Organisation »Union pour la restauration et la défense du service public« beschwerte sich in einem Memorandum an die Vereinten Nationen über die Vergewaltigung der Menschenrechte während der Nachkriegszeit und brachte, aufgrund von Aufzeichnungen der US-Armee, erstmals die Zahl von 112 000 Getöteten auf. 1959 gab de Gaulle zu, daß im Laufe der Säuberungen 9000 Personen ohne Gerichtsverfahren hingerichtet worden waren.

Norwegen

Bei der Säuberung in Norwegen spielte neben den verfassungsrechtlichen Erwägungen, ob die Todesstrafe verhängt werden dürfe, obwohl sie im geltenden Strafgesetzbuch aus dem Jahr 1902 nicht vorgesehen war, die Definition des politischen Status des Landes zwischen 1940 und 1945 die Hauptrolle. Wenn sich Norwegen in dieser Zeit im Kriegszustand mit Deutschland befand, waren alle Akte der Zusammenarbeit mit den Deutschen strafbar. Galt Norwegen jedoch



Begnadigung des norwegischen Kollaborateurs Finn Kaas unter der Bedingung, daß er im Militärlager Jorstadmoen schuldige Deutsche benennt

als besetztes Land, so mußte die Bevölkerung nach den Vorschriften der Haager Konvention den Anordnungen der Besatzungsmacht Folge leisten und die Verwaltung mit ihr zusammenarbeiten. Die norwegischen Gerichte entschieden sich in der Mehrzahl für die erste Variante, weil sie die härtere Bestrafung der Kollaborateure ermöglichte. Im zweiten Fall wäre die Kollaboration auf landesverräterische Handlungen beschränkt geblieben.

Die Verfolgung der Kollaborateure setzte unmittelbar nach der Kapitulation der deutschen Truppen aufgrund von vorbereiteten Listen ein. Da die Mitgliederkartei der Nasjonal Samling in die Hände der Widerstandsbewegung gefallen war, hatte man einen Rahmen für die zu Überprüfenden. Von den 92 805 Personen, die als Kollaborateure unter Anklage gestellt wurden, waren 55,2 Prozent Parteimitglieder. Die im öffentlichen Dienst Stehenden verloren ihre Posten, es sei denn, sie konnten nachweisen, der Heimatfront Informationen geliefert zu haben. Von den Mitgliedern der Nasjonal Samling wurden insgesamt 70 Millionen Kronen Entschädigung eingetrieben.

46 000 Norweger wurden von den Gerichten als Kollaborateure verurteilt. Über 30 Angeklagte wurde die Todesstrafe ausgesprochen. 37 150 Personen bekamen Gefängnisstrafen, 17 000 von ihnen im Umfang zwischen 1 und 5 Jahren. 25 180 Beschuldigte übernahmen eine freiwillige Strafe, um einen Prozeß zu vermeiden.

Die Gruppe von Kollaborateuren, die unverhältnismäßig hart bestraft wurde und die den Urteilen fassungslos gegenüberstand, waren die 7000 überlebenden norwegischen Freiwilligen, die in der Waffen-SS an der Ostfront gegen den Bol-

Nieg sah die Medienöffentlichkeit in den SS-Veteranen eher eine Gefahr für die demokratische Zukunft des Landes. Als »Landweiskere« erhielten sie mindestens drei Jahre Gefängnis. Die bürgerlichen Ehrenrechte wurden ihnen aberkannt.

Der besondere Volkszorn galt auch in Norwegen den 50 000 Frauen, die mit deutschen Soldaten ein Liebesverhältnis hatten. Für Mütter, die Kinder von deutschen Soldaten hatten, wurden spezielle Lager eingerichtet. Sigrid Undset brandmarkte die 9000 Besatzungskinder als »Hurenkinder«; ihr wäre am liebsten gewesen, sie wären alle umgekommen.

Bei einem Land mit nur 3,3 Millionen Einwohnern war der Prozentsatz der der Kollaboration Beschuldigten mit insgesamt 92 000 Personen übermäßig groß. Von je 100 000 Einwohnern wurden 633 gerichtlich verfolgt. Das war der höchste Anteil in allen besetzten Ländern. Fememorde, Massaker und geheime Hinrichtungen fanden in Norwegen jedoch nicht statt. Ausschreitungen der Bevölkerung gegen Kollaborateure wurden bestraft.

Im Mai 1950 wurden die meisten Sondermaßnahmen gegen Kollaborateure und die Nebenstrafen der wegen Kollaboration Verurteilten, z. B. die Aberkennung des Stimmrechts und des Rechts zum Militärdienst, annulliert, sofern die Gefängnisstrafe nicht mehr als ein Jahr betragen hatte. Die zu Haftstrafen Verurteilten wurden in der Regel freigelassen, wenn sie die Hälfte der Strafe verbüßt hatten.

Niederlande

Für die zu erwartende Säuberung hatte die niederländische Exilregierung in London im Laufe des Krieges das Strafgesetz in mehreren Punkten abgeändert. Die Todesstrafe, die 1873 abgeschafft worden war, wurde für Landesverräter rückwirkend wieder eingeführt. Auch andere Gesetze traten rückwirkend in Kraft. Für viele Delikte wurden die Strafen verschärft.

In den Niederlanden begannen die Widerstandskämpfer unmittelbar nach dem Ende der Kampfhandlungen in den einzelnen Regionen mit der Verhaftung von Kollaborateuren. Später war dafür ein Sonderkommando der Polizei zuständig, und schließlich übernahmen die Militärbehörden die Aufgabe. Bei einer Bevölkerung von 10 Millionen war die Zahl von fast 200 000 Festgenommenen ein beträchtlicher Prozentsatz. Die Hälfte wurde wieder auf freien Fuß gesetzt. Im Oktober 1945 zählte man noch 96 000 politische Gefangene, darunter fast 24 000 Frauen. Unter den Frauen waren viele Denunziantinnen, die mit ihrer Anzeige Leib und Leben anderer gefährdet hatten, aber auch Mädchen, die nur einmal mit einem deutschen Soldaten getanzt hatten. Da in vielen Familien beide Ehegatten verhaftet waren, gab es etwa 20 000 Kinder ohne Elternhaus. Bis zum Ende der Säuberung in den Niederlanden wurden 450 000 Fallakten angelegt, aus denen 200 000 Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden.

Zur Aburteilung der Kollaborateure gab es in den Niederlanden neben der ordentlichen Gerichtsbarkeit besondere Kammern, in denen sich Laien, die fast ausschließlich aus dem Widerstand kamen, als Hilfsrichter gebärdeten. Ange-

zonder Gerichtshof) abgeurteilt. Die »Sondergerichte«, die bis 1950 arbeiteten, fällten 14 567 Urteile, darunter 200 Todesstrafen, von denen 38 vollstreckt wurden, mehr als 5000 Freiheitsstrafen von fünf Jahren bis lebenslänglich und etwas mehr als 6000 Gefängnisstrafen unter fünf Jahren. Wer wegen »illoyalen Verhaltens« angeklagt war – nach der Verordnung vom 17.9.1944 genügte dafür eine nationalsozialistische oder faschistische Gesinnung –, wurde von einem »Säuberungstribunal« abgeurteilt. Angeklagt werden konnte man auch wegen gemeinsamen Essens mit einem Deutschen, wegen des Hitlergrußes in der Öffentlichkeit, wegen eines Führerbildes im Hause, wegen des Abonnements einer Kollaborationszeitung und wegen der Beschimpfung alliierter Bomberpiloten als Mörder. Die Säuberungstribunale nahmen ihre Arbeit im Juli 1945 auf und sprachen bis September 1948, als die nicht erledigten Fälle von der ordentlichen Gerichtsbarkeit übernommen wurden, 49 920 Urteile aus, darunter 531 Urteile von zehn und mehr Jahren Gefängnis bzw. Zwangsarbeit, 1303 Urteile zwischen fünf und zehn Jahren, 28 151 zwischen ein und fünf Jahren und 5630 von einem Jahr Gefängnis. Die Nebenstrafen, die von den beiden Gerichten verhängt wurden, waren ungewöhnlich zahlreich. 127 000 Niederländer verloren zeitweise ihr Wahlrecht, 92 000 ihr Recht zum Waffendienst, 95 000 wurden von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen und 60 000 büßten die Staatsangehörigkeit ein. Die 25 000 niederländischen Freiwilligen, die als Soldaten der Wehrmacht oder Angehörige der Waffen-SS gedient hatten, galten anfangs als besonders üble Verbrecher. Die »Sondergerichte« verurteilten mehrere von ihnen zum Tode oder zu lebenslanger Haft, doch wurden die meisten Urteile in der Berufung abgemildert. Im Durchschnitt erhielten SS-Freiwillige acht bis zehn Jahre Gefängnis. Einige Tausend entgingen einer Verurteilung, weil sie sich freiwillig zur Unterdrückung der Entkolonialisierungsbewegung in Niederländisch-Indien zur Verfügung stellten.

Von den 380 000 Angehörigen des Öffentlichen Dienstes wurden 11 500 als Kollaborateure unehrenhaft und 6000 ehrenhaft entlassen. 6000 Beamte erhielten Disziplinarstrafen. Von den 950 Bürgermeistern mußten 509 ihr Amt aufgeben. Etwa 13 Prozent aller Polizeibeamten wurde entlassen.

Ungewöhnlich milde wurde die wirtschaftliche Kollaboration verurteilt, weil man die Zerrüttung des Wirtschaftslebens vermeiden wollte. Über die Profite, die niederländische Geschäftsleute bei den Deutschen erzielten, legte man den Mantel des Schweigens.

Im August 1946 wurde die Hälfte aller wegen Kollaboration verurteilten Häftlinge zum Entsetzen der niederländischen Widerstandsorganisationen freigelassen. Ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft wurde von der »Stiftung zur Überwachung politischer Delinquenten« auf privater Basis unterstützt.

Als 1949 ein Arzt, der mehrere Jahre inhaftiert gewesen war, eine Broschüre über die Zustände in den Gefängnissen und »Internierungslagern« veröffentlichte, wurden die unmenschlichen Verhältnisse bekannt, unter denen die verurteilten Kollaborateure gelebt hatten. Die Schikanen und Grausamkeiten des Bewachungspersonals hielten einem Vergleich mit denen in den deutschen Kon-

agentur »Radio-Journal«. Dann fing er an zu schriftstellern. Der Montmartre fesselte den Provinzler. Er gehörte bis zum Schlus zu den »Künstlern der butte«. Viele von ihnen waren Kriegsveteranen und lebten wie der Patriotismus mit Pazifismus. Während einer Erkrankung schrieb er 1925 den ersten Roman mit dem Titel »Brulebois«. Sein literarischer Ruhm wurde jedoch durch den Roman »La jument verte« 1933 begründet, der ihm den Ruf eines obszönen Epikers in der Nachfolge von Rabelais einbrachte. Um historische Situationen literarisch zu bewältigen, durchsetzte A. realistische Schilderungen mit phantastischen Elementen. Dieses Stilmittel bot sich an, um komplexe historische Situationen zu bewältigen. Es gewährte dem Autor Schutz bei politisch heiklen Themen, weil er gesellschaftliche Konflikte als Zusammenstoß des Phantastischen mit der Realität kaschieren konnte. Aber die Literaturkritiker fanden an diesem Stilmittel keinen Gefallen.

Während der Zeit der deutschen Besatzung gehörte A. zu den anerkannten Literaten im Kreis der Kollaborateure. Er publizierte Kurzgeschichten und Fortsetzungsromane in »Je suis partout« und in »La Gerbe«, zu deren publizistischer Blüte er beitrug, und arbeitete für »Marianne« und »Les Nouveaux Temps«. Er war Mitglied der »Association des amis de Robert → Brasillach« und gehörte zur »droite buissonnière«, weil er sich mit der neuen Zeit arrangierte, obwohl er mit der faschistischen Ideologie nichts gemein hatte. Er opponierte sogar gegen den vorherrschenden Antisemitismus. Aber er bekämpfte wie alle Kollaborateure den linken Geist im Land, der Frankreich zugrunde gerichtet habe. Von allen seinen Werken sprach der Roman »Travelingue«, der ab September 1941 als Serie in »Je suis partout« erschien, die französische Rechte am meisten an. A. beschrieb darin den Niedergang einer mächtigen bürgerlichen Familie als Repräsentanten einer Bourgeoisie, die zum Widerstand gegen den Feind nicht imstande ist, weil ihr der Sinn für Recht und Ordnung und das Gemeinschaftsgefühl abhanden gekommen waren. Rettung kann nur vom persönlichen Engagement für eine große Idee kommen, das, von der Vernunft gesteuert, ohne politische Leidenschaft wirkt. Da sich jede Idee, unabhängig von der politischen Intention, ihre eigene Rechtfertigung schafft, muß der Mensch abwägen, ob es sich lohnt, für sie zu kämpfen. In seinem zynischsten Roman »Les chemins des écoliers«, der erst nach dem Krieg erschien, zeichnete A. ein Bild des Alltags im besetzten Paris. Indem er die konventionellen Werte ins Gegenteil verkehrte und die politischen Probleme als menschliche darstellte, konnte er die Realitäten des Lebens unter der Besatzungsmacht einfangen, ohne daß der politische Charakter der Schrift erkennbar wurde. Die Verdüsterung der Volksmoral und der Verlust der Orientierungswerte wurden z. B. in den Stromsperrern offensichtlich, die Paris immer öfters in Nacht tauchten.

Mit seinen Bildern aus der Besatzungszeit erwies sich A. als Chronist, der die historischen Mythen, die von den Siegern propagiert wurden, akribisch zu rechrückte. Aber das soziale Gefüge Frankreichs war bereits kaputt, als die Deutschen kamen. Der liberale Humanismus der Dritten Republik war verblaßt. A. zeigte in seinen Romanen, daß alles menschliche Tun interpretierbar ist. Die

grüßte A. am 13.7.1944 in »La Gerbe« das Bombardement auf Paris, weil es die menschenunwürdigen Elendquartiere der Vororte in Schutt und Asche legte. Nach dem Zweiten Weltkrieg schwankte die Literaturkritik bei der Beurteilung A.s lange zwischen Anerkennung und Ablehnung. A. hatte zwar in den kollaborationistischen Zeitschriften veröffentlicht, aber er war weder ein Ideologe noch ein Hetzer. Auch seine Nachkriegsromane, z. B. »Le vin de Paris« (1947) und »Uranus« (1948), lebten noch von den Eindrücken der Besatzungszeit. A. meinte, es habe sich nicht viel geändert. Das Verbrechen überlebte die Befreiung in Form von Schwarzmarkt, Verdächtigung, Korruption und Hunger, und das Gute war so selten wie vorher.

A. gehörte zu den wenigen belasteten Literaten, die den Mut hatten, sich nach der Befreiung gegen die Auswüchse der Säuberung zur Wehr zu setzen. In seinem Roman »Le chemin des écoliers« beschrieb er die Folgen der politischen Fehden. Trotz seines »nestbeschmutzenden« Engagements für die Kollaborateure blieb er ungeschoren.

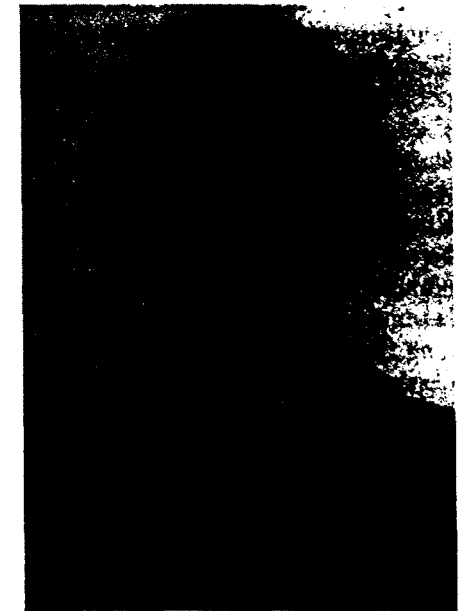
Literaturhinweise:

Henry Coston (Hrsg.): Dictionnaire de la politique française, Band 1, Paris 1967
 Nicholas Hewitt: Marcel Aymé und die dunkle Nacht der Besatzung, in: Gerhard Hirschfeld und Patrick Marsh (Hrsg.): Kollaboration in Frankreich, Frankfurt 1991

B

BANDERA, STEFAN, geb. 1.1.1909 in Uhryniw Staryj (Kalusch), ermordet 15.10.1959 in München, Führer eines Flügels der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (OUN) 1940–1943 und 1945–1959

B.s Vater war Priester der griechisch-katholischen Kirche in Galizien, wo die ukrainische Sprache und das nationale Volkstum als Gegengewicht zum Polentum von der österreichisch-ungarischen Regierung gefördert wurden. Nach dem Untergang des Zarenreiches gelang im Februar 1918 auf russischem Territorium die Bildung einer selbständigen Ukrainischen Nationalen Republik (Ukrains'ka Narodna Respublyka). Die westukrainischen Gebiete schlossen sich ihr im November 1918 an, als



ses Gebiet als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik in die UdSSR einbezogen. Die westukrainischen Gebiete wurden nach Beendigung des Russisch-polnischen Krieges 1921 im Frieden von Riga den Polen zugesprochen. Weitere ukrainische Volksteile gab es in Rumänien und der Tschechoslowakischen Republik. Der Traum einer vereinigten ukrainischen Nation lebte jedoch weiter. Die »Ukrainische Militärische Organisation« (Ukrains'ka Vijs'kova Orhnizacija) UWO führte einen jahrzehntelangen Untergrundkrieg gegen die Polen und Russen. In ihrem Schatten bildeten sich zahlreiche geheime paramilitärische Jugendgruppen. Einer von ihnen schloß sich B. als Schüler der 4. Klasse des Gymnasiums in Stryj an. Als er nach dem Abitur 1927 das Studium an der Ukrainisch-Technischen-wirtschaftlichen Hochschule in Podiebrad (Tschechoslowakei) aufnehmen wollte, verweigerten ihm die polnischen Behörden die Ausreise. Diese Maßnahme paßte in die rigide »Polonisierungswelle«, während der bis zu 250 000 Ukrainer in polnischen Gefängnissen und Internierungslagern eingeschlossen wurden. Als B. 1928 die Erlaubnis zum Studium an der landwirtschaftlichen Fakultät der Technischen Hochschule in Lviv (Lemberg) erhielt, trat er der UWO bei. Er traf sich mit führenden Vertretern der ukrainischen Befreiungsbewegung zu konspirativen Planungen, z. B. mit dem Vorsitzenden der Landesexekutive der »Organisation Ukrainischer Nationalisten« (Orhanizacija Ukrains'kych Nacionalistiv) OUN, in der sich 1929 verschiedene nationalistische Gruppen zusammenfanden, Stephan Ochrymowytsh, mit dem Chef der Kampfgruppen der OUN, Stephan Lenkowskyj, und mit dem späteren Ministerpräsidenten der kurzlebigen ukrainischen Regierung von 1941, Jaroslaw → Stetzko.

1933 übernahm B. die Leitung der Landesexekutive der OUN für Galizien und Wolhynien. Unter seiner Führung erfolgte am 15.4.1934 das Attentat auf den polnischen Innenminister General Pieracki, der für mehrere Massaker an der ukrainischen Zivilbevölkerung verantwortlich gemacht wurde. Im Rahmen der polizeilichen Ermittlungen wurde B. verhaftet und Anfang des Jahres 1936 zum Tode verurteilt. Auf dem Gnadenwege wurde die Todesstrafe in lebenslängliche Haft umgewandelt. B. wurde im polnischen KZ Beresa Kartuska verwahrt.

Als 1938 in Rotterdam der Gründer und Vorsitzende der OUN, Oberst Ewhen Konowalez, einem Attentat zum Opfer fiel, übernahm sein langjähriger Mitarbeiter Andrij → Melnik die Führung der Organisation. Er setzte die moderate Linie seines Vorgängers fort, während B. eine härtere Gangart gegenüber den Polen und Sowjets befürwortete. Konteradmiral Canaris, Chef der Abwehrabteilung im Oberkommando der Wehrmacht, der mehrmals mit den Führern der ukrainischen Nationalbewegung zusammentraf, konnte ihre Vorstellungen nicht auf einen Nenner bringen und lehnte jegliche Hilfe ab. Als am 15.3.1939 die Karpatho-Ukraine ihre Unabhängigkeit von der Resttschechei erklärte, sahen viele Ukrainer darin den Beginn eines souveränen Staates aller Ukrainer, aber Hitler erlaubte, daß die Ungarn das Land besetzten. Nach dem Abschluß des Ribbentrop-Molotow-Pakts am 23.8.1939 schien die Wiedergewinnung der russisch-ukrainischen Gebiete aussichtslos. Auf sowjetischen Wunsch stellte die deutsche Seite jede Unterstützung für die OUN ein.

Landesteil antrieb. Ihre Reimen fanden sich, als zahlreiche Mitglieder aus polnischen Gefängnissen und aus dem polnischen Konzentrationslager Beresa Kartuska freikam. Unter ihr war B. Er beschloß, das Einsatzgebiet der OUN auf den russisch kontrollierten Teil der Ukraine auszudehnen, zu dem auch das Gebiet um Lemberg gehörte, das Hitler an Stalin abgetreten hatte. Von der Abteilung II des Amtes Ausland Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht, die unter Oberst Lahousen für psychologische Kriegführung und nationale Minderheiten zuständig war, erhielt die OUN die Erlaubnis, in den deutschen Kriegsgefangenenlagern für Polen zuverlässige westukrainische Soldaten aufzuspüren und für ihre Zwecke zu werben.

Es waren die jüngeren Vertreter in der OUN unter B., die sich gegen die prowestliche Orientierung der OUN unter → Melnik wandten und eine intensivere Kooperation mit dem Deutschen Reich anstrebten. Auf dem 2. Kongreß der Ukrainischen Nationalisten in Krakau spaltete sich die OUN am 10.2.1940 in einen radikalen Flügel unter B. und einen gemäßigten unter Andrij Melnik. Das Aktionsprogramm der OUN-B (Bandera-Flügel) verpflichtete die Anhänger zum Einsatz für die ukrainische Nation und zum Kampf gegen Kommunismus und Kapitalismus gleichermaßen. Die OUN-B baute in den folgenden Monaten einen eigenen Geheimdienst auf und informierte die Weltöffentlichkeit über die sowjetische Strafpolitik gegen die Ukrainer in der UdSSR, beispielsweise die Unterdrückung des ukrainischen Schulwesens und der griechisch-katholischen Kirche. Als die Sowjetunion im Juli 1940 Bessarabien okkupierte, bezog die OUN-B auch die ukrainische Bevölkerung dieses ehemaligen rumänischen Landesteils in ihre Schutzmaßnahmen ein.

Obwohl die Reichsregierung im Gegensatz zum designierten Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, die OUN-B im Vergleich zur OUN-M (Melnik-Anhänger) für »zu nationalistisch und daher unbrauchbar« hielt, wurden beide Flügel der OUN in die Planungen des Unternehmens Barbarossa einbezogen. Sowohl B. als auch Melnik übermittelten Hitler Vorschläge für eine deutsch-ukrainische Zusammenarbeit. Die Abwehr II bildete ukrainische Freiwillige, getarnt als »Volksdeutsche«, zur Unterstützung der deutschen Kampfgruppen und für nachrichtendienstliche Tätigkeiten aus. Unmittelbar vor dem Ausbruch der Kämpfe stellte das Regiment Brandenburg zwei ukrainische Legionen auf, das Bataillon Nachtigall und das Bataillon Roland. B. sorgte dafür, daß überwiegend Freiwillige aus dem Raum Lemberg/Przemysl dazu herangezogen wurden, die er in der Hand hatte.

Unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in die Sowjetunion am 22.6.1941 versuchten ukrainische Nationalisten, in den westrussischen Landesteilen, die noch nicht erobert waren, die politischen Gefangenen zu befreien. Das Unternehmen mißlang, und die Sowjets liquidierten fast 15 000 Ukrainer, bevor sie abzogen. Für viele deutsche Soldaten waren diese Leichenberge die erste Begegnung mit dem NKWD. Nachdem das Bataillon Nachtigall am 29.6.1941 in Lemberg einmarschiert war, richtete es angesichts der Toten seinerseits ein Massaker unter den zurückgebliebenen Sowjets an. Dabei wurden auch 500 Juden ermordet.

1710 wieder die gesamte Ukraine umfassen sollte. Radio Lemberg verkündete die Proklamation. Als Regierungschef wurde Stozko benannt. Der ukrainische Metropolit Metropolit Schepytysch identifizierte sich mit diesem Schritt und forderte die Bevölkerung zum Gehorsam auf. Diese Aktion, die ohne Absprache mit den deutschen Stellen durchgeführt wurde, durchkreuzte die ostpolitischen Pläne des Deutschen Reiches, auch wenn der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, den Ukrainern wohlgesonnen war. Die Besatzungsmacht reagierte prompt. Die Mitglieder der selbsternannten ukrainischen Regierung wurden dem SD ausgeliefert, nach Berlin geschafft und schließlich in das KZ Sachsenhausen eingeliefert. Über tausend Angehörige der OUN wurden verhaftet, unter ihnen zwei Brüder B.s, die in Auschwitz den Tod fanden. Das Territorium der Ukraine wurde zerrissen. Die ukrainischen Gebiete um Przemysl, Lemberg und Tarnopol, d. h. das ehemalige Galizien, kamen zum Generalgouvernement Polen. Die restliche Ukraine wurde in ein Reichskommissariat umgewandelt und dem ostpreußischen Gauleiter Erich Koch unterstellt. Angesichts dieser Enttäuschung ging die OUN-B in den Untergrund und nahm den bewaffneten Kampf gegen die Deutschen auf.

Das erneute Scheitern der ukrainischen Nationalbewegung sorgte für Verbitterung unter den ukrainischen Intellektuellen, die den deutschen Truppen mit vielen Hoffnungen begegnet waren. Im Bataillon Nachtigall kam es zur Meuterei. Es wurde am 2.12.1941 aufgelöst und wie das Bataillon Roland in eine Schutzpolizeieinheit zum Dienst in Weißrußland umgewandelt. Der deutsche Berater, Oberleutnant Oberländer, versuchte zwar, Hitler von den Vorzügen nationaler ukrainischer Verbände zu überzeugen, aber dieser soll ihm geantwortet haben: »Davon verstehen Sie nichts, Rußland ist unser Afrika und die Russen sind unsere Neger.« Diese Meinung machte sich auch der Reichskommissar Koch zu eigen: »Die Haltung der Deutschen wird von der Tatsache diktiert, daß wir es mit einem in jeder Hinsicht minderwertigen Volk zu tun haben.«

B.s Staatsvorstellungen waren den faschistischen sehr ähnlich. Er erstrebte einen autoritären ukrainischen Nationalstaat, aus dem alle störenden Elemente vertrieben werden sollten: Juden, Polen, Russen, aber auch die Deutschen. Der extreme emotional gestützte Nationalismus wurde in den Eidesformeln deutlich, die B. zu Beginn des Rußlandfeldzugs für die OUN-Kämpfer formulierte: »Meine Ehre für den Ruhm der gefallenen Helden, für das heilige vergossene Blut, für die ukrainische Erde und die Majestät meiner ukrainischen Heimat. Ich schwöre, daß ich mit allen meinen Kräften und mit meinem Leben für einen freien und selbständigen ukrainischen Staat kämpfen werde. Von dem Weg der ukrainisch-nationalen Revolution kann mich niemand und gar nichts zurückhalten, weder Schwierigkeiten noch Tod. Jeden Befehl meines Führers werde ich ausführen«. Ein zweiter Schwur lautete: »Ich schwöre auf die Ukraine, daß ich alle Pflichten gegenüber der ukrainischen Regierung, welche mir durch die Organisation Ukrainischer Nationalisten unter Führung von Stefan Bandera auferlegt wurden, getreu und ehrlich ausführen werde. Ich werde mit meiner ganze Kraft und mit meinem Leben für die unabhängige ukrainische

**) APA -> Kolon Rosenfeld (Rhein Baden Beck) Städtige Künster.*

Angesichts der Ausbeutung des Landes durch Reichskommissar Koch bildete sich im Reichskommissariat Ukraine im Sommer 1942 eine bewaffnete Widerstandsbewegung als Ableger der OUN mit dem Namen »Ukrainische Aufständische Armee« (Ukrains'ka Povstans'ka Armija) UPA. Sie rekrutierte sich aus entwichenen Kriegsgefangenen, vor der Zwangsarbeiterverpflichtung Geflüchteten und den deutschen Vergeltungsmaßnahmen Entkommenen. Ihre Aktionen richteten sich gegen die deutschen Nachschubwege und dienten dem Schutz der ukrainischen Bevölkerung. Die UPA-Zeitung »Oborona Ukrajiny« (Verteidigung der Ukraine) offenbarte die Illusionen, die man sich von den Deutschen gemacht hatte: »Die Deutschen kamen in die Ukraine, um sie zu annektieren und die Bevölkerung zu vernichten... Wer denkt, daß die Deutschen den Krieg für die Überwindung der kommunistischen oder bürgerlich-kapitalistischen Welt führen, der irrt sich. Die Deutschen begannen den imperialistischen Krieg, um Osteuropa zu beherrschen.« 1943 hatte die UPA einen Umfang von 40 000 Mann und einige Teile des Landes unter ihrer Kontrolle. Die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Partisanen lehnte sie ab. Gegen die polnische Bevölkerung ging sie mit solcher Brutalität vor, daß sie für eine prodeutsche Organisation gehalten wurde.

Unmittelbar nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad knüpfte die deutsche militärische Führung erneut Kontakte zu den Ukrainern. Besonders im SS-Hauptamt versuchte man, die bisherigen Fehler zu korrigieren. Dort hatte die Einsicht Platz gegriffen, daß die UdSSR ohne die Mithilfe der unterdrückten Völker nicht zu besiegen war. Die Freiwilligen-Leitstelle im SS-Hauptamt unter dem SS-Obersturmbannführer → Riedweg erreichte am 28.4.1943 die Zustimmung Himmlers zur Aufstellung einer ukrainischen Division aus ukrainischen Freiwilligen des Generalgouvernements. Sie erhielt den Namen 14. Waffengrenadierdivision der SS (galiz. Nr. 1). Es meldeten sich 80 000 Bewerber. Die UPA förderte die Rekrutierung aus kriegsgefangenen Ukrainern, weil sie hoffte, davon zu profitieren, entweder durch Überläufer oder durch Informanten. Außerdem standen ihr die Gefahren einer Wiedereroberung der Ukraine durch die Rote Armee vor Augen. Deshalb war sie sogar einer regionalen Zusammenarbeit mit den deutschen Truppen nicht abgeneigt. Aber die Deutschen erkannten die Chancen einer unvoreingenommenen Kooperation mit der ukrainischen Nationalbewegung erst während der Rückzüge durch die Ukraine. Am 27.9.1944 wurde B. auf Betreiben der Amtsgruppe D des SS-Hauptamts aus dem KZ Sachsenhausen freigelassen, um die Ukrainer gegen Stalin zu mobilisieren. Am 5.10.1944 hatte er eine Unterredung mit Himmler, der nicht wußte, ob er die ukrainische oder die russische Karte ausspielen sollte. Um zu verhindern, daß die Ukrainer in die Russische Befreiungsarmee (Rossiskaja Osvoboditelnaja Armija) ROA rekrutiert wurden, die unter General → Wlassow aufgestellt wurde, billigten B. und Melnik, daß General Paul → Schandruk den Vorsitz in dem neu gebildeten »Ukrainischen Nationalkomitee« (Ukrains'ka Narodna Respubliyka) UNR übernahm. Obwohl sich nur ein paar ukrainische Intellektuelle dem von Wlassow gegründeten »Komitee zur Befreiung der russischen Völker« (Komitet Osvoboschdenija Narodov Rossij) KONR anschlossen, das am 14.11.1944

**) Mein Vorgesetzter Gerhard von Munde, freundlicherweise. tz.φ.*

von 300 000 Mann war ukrainischen Volkstums. Die I. Division unter General → Buniatschenko bestand fast ganz aus Ukrainern. Schandruk erreichte lediglich einige Eroberungen im ukrainischen Ostarr. Er. Erst am 13.3.1945 durfte er seine erste Proklamation an das ukrainische Volk veröffentlichen. Zu diesem Zeitpunkt war die beabsichtigte Gründung einer Ukrainischen Republik ein bloßes propagandistisches Unternehmen.

Beim Rückzug der Wehrmacht aus der Ukraine führte B. längere Zeit mit seinen Leuten ein Eigenleben zwischen den zurückweichenden Deutschen und den vorrückenden Sowjets. Auch nach der Besetzung des Landes durch die Rote Armee beherrschte die UPA weite Gebiete bis über das Kriegsende hinaus. Im Februar 1946 boykottierte die Mehrheit der westukrainischen Bevölkerung die ersten Nachkriegswahlen zum Obersten Sowjet. Erst mittels Umsiedlungen gelang die »Befriedung« im polnisch-sowjetischen Grenzgebiet. B. schlug sich im Herbst 1946 über Österreich nach Bayern durch und ließ sich in München nieder. Zahlreiche UPA-Einheiten kämpften jedoch weiter. Die letzten wurden erst 1952 vernichtet. Vor 1948 galten sie in der UdSSR als »Banden aus ukrainisch-deutschen Nationalisten«, und nach dem Beginn des Kalten Kriegs nannte man sie »imperialistische Agenten im Auftrag der USA«. Allen ins Ausland geflüchteten Anführern der OUN und der UPA drohte die Rache des sowjetischen Geheimdienstes GPU. 1945 wurde in München die OUN als Exilorganisation neu gegründet. Den Vorsitz übernahm B. Zum dreiköpfigen Führungsgremium gehörten neben ihm Jaroslaw Stetzko und Roman Schuchewytsch, der Oberbefehlshaber der »Ukrainischen Aufständischen Armee« (UPA).

1948 wurde auch die »Rada« als ukrainisches Exilparlament zusammengestellt. Die OUN-B nahm daran nicht teil. B. beharrte auf dem Führerprinzip und lehnte demokratische Verfahren ab. Er zog es vor, mit den monarchistischen Kreisen zu kooperieren. Auch dem von den Amerikanern initiierten »Antibolschewistischen Block der Nationen« (ABN), der 1950 als Instrument des Kalten Krieges gegründet wurde, blieb er fern. Nach Stalins Tod 1953 ging es mit der national-ukrainischen Bewegung in Westeuropa bergab. Einige prominente Emigranten entschlossen sich sogar zur Rückkehr in die Sowjetunion.

Wegen seiner unbeugsamen nationalistischen Einstellung gehörte B., der sich in München unter falschem Namen niedergelassen hatte, zu den Hauptfeinden der UdSSR. Man unterstellte ihm, daß er die UPA aus dem Ausland steuere. Mit amerikanischer Unterstützung unterhielt er die Zeitung »Schljach Peremohy« (Weg des Sieges), in der er wie in anderen Publikationen zum Partisanenkrieg gegen die Kommunisten aufrief. Am bekanntesten wurde seine Proklamation »An das ukrainische Volk unter russisch-bolschewistischer Herrschaft«.

1952 verhaftete die Polizei den ersten Sowjetagenten, der den Auftrag hatte, B. zu beseitigen. Ein weiterer ging ihr 1958 ins Netz. Im März 1959 konnte ein tschechischer Staatsbürger bei dem Versuch gefangen werden, die drei Kinder B.s zu entführen. Ein halbes Jahr später fiel B. der gesteuerten Verfolgung zum Opfer. Am 15.10.1959 wurde er vor seiner Wohnung in der Kreittmayrstraße 7 in München, wo er unter dem Decknamen Popel lebte, tot aufgefunden. Es vergingen

*) 2 av disse bor i Oslo. ☉ Nu leder hans kone

Opfer getötet war. Das Moskauer Stabsjournalkomitee berichtete im Februar 1958 über Berlin den amerikanischen Behörden, nachdem er sich in eine westdeutsche Agentin verliebt hatte und berichtete über den Hergang. Ihm sei vom KGB eine Röhre mit einer gasartigen Substanz ausgehändigt worden, die innerhalb von Sekunden zur Lähmung der Atmungsorgane und zum Erstickungstod führe und deren Spuren zehn Minuten später verschwunden seien. Den Mord habe er ausgeführt, als B. im Treppenhaus die Wohnungstür aufschließen wollte. Er habe B. seine Hilfe angeboten und ihm, als er sich umwandte, mittels einer Spritzpistole, die er unter einer Zeitung verborgen gehalten habe, das Gift ins Gesicht gespritzt. Die Amerikaner wollten den Mord an B. sofort propagandistisch gegen die Sowjetunion auswerten. Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer wollte jedoch die Sowjetunion nicht reizen. Mit der Rückendeckung der Bundesanwaltschaft gab er vor, nicht in das gegen Staschynski eröffnete Gerichtsverfahren eingreifen zu können. Bevor die amerikanischen Stellen den Fall in der amerikanischen Presse hochspielen konnten, präsentierte das Presseamt beim Ministerpräsidenten der DDR am 13.10.1961 den angeblichen Agenten Stefan Lippolz vom westdeutschen Bundesnachrichtendienst (BND). Dieser behauptete, vom westdeutschen Abwehrdienst aufgefordert worden zu sein, B. zu beseitigen und zwar durch Vergiftung mit einem Pulver. Er habe die Tat aber nicht ausgeführt, sondern sei in die DDR geflohen. Wer den Mord dann verübt habe, sei ihm zwar nicht bekannt, aber mit großer Wahrscheinlichkeit sei der Auftrag wiederum vom BND ausgegangen.

Mit der Ermordung B.s erlebte die OUN letztmals internationale Beachtung. Sie organisierte zwischen dem 18.11. und 2.12.1961 zahlreiche Protestkundgebungen gegen die UdSSR und den KGB in Westeuropa und Amerika.

Nach der Abspaltung der Ukraine von der UdSSR 1990 stießen die nationalistischen Parteien auf der Suche nach Idolen und Helden auch auf B. In Tarnopol wurde die Leninstraße in den »Prospekt Stepan Bandera« umbenannt.

Literaturhinweise:

Roman Ilnytskyj: Deutschland und die Ukraine 1934–1945, München 1956

Konowalez Petlura: Bandera – von Moskau ermordet, München 1962

Alain Guérin: Le général gris, Paris 1968

Werner Brockdorff: Kollaboration oder Widerstand in den besetzten Gebieten, Wels 1968

John A. Armstrong: Ukrainian Nationalism, Littleton 1980

Peter J. Potichnyj und Yevhen Shtendera (Hrsg.): Political Thought of the Ukrainian Underground 1943–1951, Edmonton 1986

Ukraine during World War II, hrsg. v. University of Alberta, Edmonton 1986

BANGERSKIS, RUDOLFS, geb. 21.7.1878 in Taurupe, gest. 25.2.1958 in Oldenburg, Generalinspekteur der »Lettischen SS-Freiwilligenlegion« 1943–1944, Präsident des »Lettischen Nationalkomitees« 1944–1945, SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS

Als Sohn eines bäuerlichen Gesindepaares auf dem Hof Klemschke in der Gemeinde Mengele geboren, trat B. wegen fehlender Ausbildungsmöglichkeiten auf

Am 8.11.1944 entzog das Eidgenössische Justizdepartement R. und seiner Familie das Schweizer Bürgerrecht. Nach deutscher Kollaboration am 8.5.1945 verbrachte er drei Jahre in englischer Kriegsgefangenschaft, davon drei Monate in Nenndorf und ein Jahr in Nürnberg, wo ihm der Prozeß vor dem Internationalen Militärtribunal gemacht werden sollte. 1947 verurteilte ihn ein Schweizer Gericht in contumacia wegen »Vorschubleistens fremden Kriegsdienstes« zu 16 Jahren Gefängnis. Nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Juni 1948 arbeitete R. als Arzt in der Bundesrepublik Deutschland. Er engagierte sich angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen im Westen des geteilten Deutschlands und des zunehmenden Werteverfalls für die abendländische Idee gegen Liberalismus und Marxismus und gründete 1968 zusammen mit Mitgliedern des höheren deutschen Klerus die »Liga Europa« für ein vereintes Europa auf christlich-ökumenischer Basis. Nach dem Zerfall des sozialistischen Ostblocks plädierte er 1993 mit seinem Buch »Aut deus aut nihil« für ein neues gemeinschaftsbewußtes Menschenbild, geprägt von Christentum und Toleranz.

Literaturhinweise:

Franz Riedweg: Aut deus aut nihil, München 1993

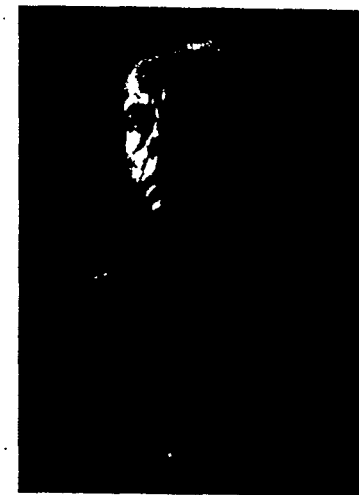
Linus Reichlin: Kriegsverbrecher Wipf, Eugen. Schweizer in der Waffen-SS, in deutschen Fabriken und an den Schreibtischen des Dritten Reichs, Zürich 1994

RIISNÆS, SVERRE PARELIUS, geb. 6.11.1897 in Vik in Sogn, gest. 21.6.1988 in Oslo, norwegischer Justizminister 1940–1944, SS-Standartenführer

R.s Mutter war eine strikte Abstinenzlerin und lag während der ganzen Ehe im Kampf mit seinem Vater, dem Polizeichef von Sogn, wegen dessen Alkoholismus. Die Familie pflegte eine ausgesprochen nationalpatriotische Einstellung. R. erhielt eine »großgermanische Erziehung« im nordischen Geist. Ihm wurde beigebracht, daß »die Verhältnisse in Europa ... zu einer Sammlung der germanischen Völker mit Deutschland als das größte und kräftigste an der Spitze führen« müßten. »Demokratismus und Parlament« lernte er abzulehnen. Er war fasziniert von den großen politischen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Seine besondere Verehrung galt Kaiser Wilhelm II. Formale Gründe verhinderten, daß R. am Ersten Weltkrieg auf deutscher Seite teilnahm, wie es sein Wunsch war. Mit einem Onkel, der in der k.u.k. Armee diente, diskutierte er ausführlich über die politische Situation in Europa.

Nach dem Abitur im Jahr 1915 studierte er Jura an der Frederiks-Universität in Oslo. 1919 machte er das Staatsexamen. Während des Studiums wurde er zum Sozialisten. Seinen politischen Standpunkt sah er »zur Linken der Linken«. In der Ortsgruppe der Arbeiterpartei brachte er es schnell bis zum Bezirkssekretär. Auf Anraten seines Vaters ließ er nach dem Studium von seiner politischen Betätigung ab. Als er nach seinem Wehrdienst 1921 eine Stelle als Polizeibevollmächtigter in Kristiansund antrat, legte er seine politischen Ämter nieder. Während der Prohibition 1922 machte er sich als Vorkämpfer des Antialkoholismus einen Namen, weil er in seinem Gerichtsbezirk 133 Verhaftungen durchführte und 187 Anklagen einleitete. 1925 trat er in den Polizeidienst in Oslo ein und beschäftigte sich ab 1927 mit der Durchsetzung des staatlichen Alkoholmonopols. 1929 arbeitete

er an einem Brandregister für die norwegische Brandversicherung. 1920 bis 1930 war er Mitglied der ministeriellen Polizeireformkommission. Während einer achtmonatigen Studienreise nach Wien beschäftigte er sich mit kriminaltechnischen Themen, Rechtspsychiatrie, Kriminologie und Brandursachenforschung. Er verfaßte einige kriminaltechnische Artikel in mehreren Zeitschriften und Zeitungen. 1931 wurde R. Polizeiadjutant an der Osloer Polizeikammer und Staatsanwalt in Telemark. Im gleichen Jahr schloß er sich der neu gegründeten Bewegung »Nordiske Folkereising« (Norwegisches Erwachen) von Vidkun → Quisling an, aus der zwei Jahre später die »Nasjonal Samling« (NS) hervorging. Bevor er 1934 Oberstaatsanwalt in den



Fylken Buskerud und Opland wurde, lernte er bei einem Studienaufenthalt 1933 in Berlin das nationalsozialistische Deutschland kennen. Nach den Morden an Ernst Röhm und Gregor Strasser im Juni 1934 distanzierte sich R. jedoch von Hitler. Erst ab 1938 zählte er wieder zu seinen Bewunderern. 1938 berief ihn die norwegische Regierung in den Ausschuß zur Bekämpfung der illegalen kommunistischen Tätigkeit in der Handelsmarine. 1940 war er Mitarbeiter in einem Komitee zur Änderung des Militärstrafgesetzes. Als er feststellte, daß Leute mit deutschen Kontakten überwacht wurden, brach er aus Angst vor Karriereschäden von heute auf morgen jeglichen Verbindung zu seinen deutschen Freunden ab. Ein Prozeß gegen Mitglieder der NS, in dem er als Staatsanwalt fungierte, brachte ihm die Feindschaft der Quislinganhänger ein.

Nach der Besetzung Oslos durch deutsche Truppen am 10.4.1940 bekam es R. mit der Angst zu tun und war froh, daß die Regierung Quisling von den Deutschen nach wenigen Tagen abgesetzt wurde. Danach nahm er seine deutschen Kontakte wieder auf. Nach einem langen Gespräch mit einem alten Freund, dem Polizeigeneral Paul Riege, entschied sich R. für die Kollaboration. Er versöhnte sich mit Quisling und übernahm am 25.9.1940 das Justizministerium im neugebildeten Staatsrat (kommissarisk riksråd), der die Regierungsgeschäfte nach den Weisungen des deutschen Reichskommissars für Norwegen, Josef Terboven, führte. Er engagierte sich im Rikshird und wurde Vorsitzender des Parteigerichts der NS. Zwei Monate nach seiner Ernennung zum Justizminister ließ er sich von Terboven das Recht zusprechen, alle Richter entlassen zu können, die nicht im Sinne der neuen Zeit urteilten, und ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Sondergericht für politische Delikte einzurichten. Als die Mitglieder des Obersten Gerichtes dagegen protestierten, sprach ihnen Terboven am 3.12.1940 das Recht ab, seine Weisungen in Frage zu stellen. Darauf hin traten

alle Richter des Obersten Gerichts einvernehmlich zurück. Das ermöglichte R., das Gremium mit kollaborationswilligen Männern zu besetzen und zu demonstrieren, daß die NS imstande und gewillt war, aus eigener Kraft im Sinne der deutsch-norwegischen Kollaboration zu agieren. Bis Ende 1942 gelang R. eine weitgehende Nazifizierung der norwegischen Gerichte, die mit politischen Fällen zu tun hatten, insbesondere des Volksgerichtshofes und des Obersten Gerichts. R. bemühte sich um eine gute Zusammenarbeit mit dem von ihm bewunderten Polizeiminister Jonas → Lie und half ihm bei der Nazifizierung der Polizei, indem er Klagen gegen Entlassungen von nicht kollaborationswilligen Polizisten abweisen ließ. Gegen Terboven, dem er Amt und Würde zu verdanken hatte, hegte er tiefe Abneigung, weil er die Regierungsübernahme durch die NS auch hintertrieb, als Quisling zum Ministerpräsidenten ernannt worden war. Mit der Pseudofunktion eines Kriegsberichterstatters bei der Leibstandarte Adolf Hitler nahm R. vom 1.4. bis 12.5.1941 am Balkanfeldzug der Wehrmacht in Jugoslawien und Griechenland teil. Für seine angeblichen Verdienste wurde er am 21.5.1941 mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet. R. gehörte zu den Befürwortern der Aufstellung einer norwegischen Freiwilligeneinheit an deutscher Seite. Er erleichterte den Weg, indem er verordnete, daß Jugendliche keine Einwilligung ihrer Eltern für die Meldung zur Waffen-SS benötigten, daß eine gute Beurteilung durch die militärischen Vorgesetzten sich positiv auf den höheren Schulabschluß auswirken könne und daß die Freiwilligen nach ihrer Rückkehr Anspruch auf ihren alten Arbeitsplatz hätten. Als der Rußlandfeldzug im Juni 1941 begann, engagierte sich R. auch in seiner Funktion als Reichsredner der NS in der Freiwilligenwerbung für den Kreuzzug der Völker des Abendlands gegen den Bolschewismus. Im Stab der »Germanske SS Norge« war er vom 20.4.1942 bis 1.3.1943 für die ideologische Schulung der Angehörigen der Allgemeinen SS in Norwegen zuständig und benutzte seinen Einfluß zur Werbung von Freiwilligen für die 5. SS-Panzerdivision »Wiking«, die aus Freiwilligen aller germanischen Länder zusammengesetzt war und in der die meisten Norweger dienten. Für die SS-Männer, die von der Front zurückkamen, hegte R. große Bewunderung. Er förderte sie, wo er konnte.

R. bewunderte Hitler als einen germanischen Nationalhelden. In einer Rede verglich er ihn mit König Harald Hårfagr, der die Stämme Norwegens einigte, und nannte ihn einen Nachfolger des norwegischen Helden bei der Zusammenführung der germanischen Völker. An der Überlegenheit der germanischen Rasse ließ er keinen Zweifel zu: »Menschen von unserem Blut sollen sich nicht schämen und sich als »dirty foreigners« fühlen müssen.« R. blieb ein überzeugter Kollaborateur bis zur letzten Stunde. Am 9.11.1944 zum SS-Standartenführer befördert, beteuerte er Himmler in einem Schreiben vom 8.12.1944, er werde alle seine »Fähigkeiten und Kräfte in dem fortdauernden Kampf für das Leben und die Zukunft unseres Blutes einsetzen«. Am 11.5.1945 ergab sich R. auf dem Hof Skallum, wo er sich mit Lie und Rogstad verschanzt hatte, den norwegischen Heimatruppen. Er kam wankend heraus und teilte den Belagerten mit, daß Lie und Rogstad Selbstmord begangen hätten. Er selbst wolle die Konsequenzen seines Handelns tragen. Um R. seine Schandtaten vor Augen zu führen, mußte er nach seiner Inhaftierung zusammen mit Quisling und → Stang am 28.6.1945 der Aus-

hebung eines Massengrabes beiwohnen. Während des Prozesses erwies er sich als geistig nicht zurechnungsfähig. Im Volk sagte man, er habe seine Krankheit vorgetäuscht. R. starb in einer psychiatrischen Klinik.

Literaturhinweise:

Nils Johan Ringdal: Mellom barken og veden, Oslo 1987

Nils Johan Ringdal: Gal mann til rett tid, Oslo 1989

Öystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989

Sverre Rodder: Min ære er troskap, Oslo 1990

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

wegung wandelte und 1938 fast 300 000 Mitglieder erreichte. Nach dem Münchener Abkommen vom 30.9.1938, mit dem die sudetendeutschen Gebiete der Tschechoslowakei an das Deutsche Reich angegliedert wurden, gehörte M. mit → Drieu La Rochelle, → Pucheu und → Benoist-Méchin zu den acht Mitgliedern der Parteiführung, die die PPF verließen, weil der deutliche Protest Doriot's ausblieb. M. glaubte, daß der Vertrag Frankreich politisch unglaublich mache und der »grande nation« schade. Die Hauptschuld wies M. den Briten zu, deren appeasement-Politik das Abkommen herbeigeführt habe. In den folgenden Monaten entwickelte sich M. als Verfasser von Pamphleten, Flugzetteln und Zeitschriftenartikeln zugunsten eines starken und autoritär regierten Frankreichs zu einem Experten für die Techniken der Massenmanipulation. Er träumte von dem »grand dessein« für sein Land, das auf den Pfeilern Antisemitismus, Englandfeindlichkeit und Deutschlandfreundlichkeit fuße. Die Erneuerung Frankreichs müsse mit der Formung eines neuen Menschentyps ähnlich dem des homo fascista bei den Nationalsozialisten in Deutschland beginnen. Die moralische Gesundung der Franzosen könne nur gelingen, wenn an die Stelle von Alkohol, Tabak, Sex und anderen verweichlichenden Lustbarkeiten wie in Deutschland Sport, Volkstanz, Wandern und Zelten träten.

Nach der französischen Niederlage im Krieg gegen Deutschland wurde M. im Februar 1941 aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und stellte seine propagandistischen Fähigkeiten im August 1941 dem Kabinettschef der französischen Regierung in Vichy, Admiral Darlan, zur Verfügung. Dem deutschen Botschafter in Paris, Otto Abetz, empfahl er sich als früherer Anhänger Briands und als Förderer der deutsch-französischen Zusammenarbeit in der Vorkriegszeit. Zusammen mit Benoist-Méchin und Pucheu unterzeichnete er im April 1941 den »Plan pour un ordre nouveau en France«, der über Abetz in die Hände Hitlers gelangte. Mit diesem Papier versuchten die Verfasser, die Vichy-Regierung zur vorbehaltlosen Kollaboration mit Deutschland zu drängen und Frankreich zu einem verlässlichen Partner des Reiches zu machen, damit es im neuen Europa eine angemessene Stellung haben könne. M. zentralisierte die Medien der nicht besetzten Zone Frankreichs und setzte sie zur Meinungsbildung der Gesellschaft in seinem Sinne ein: »Certains prétendent encore que chaque individu peut se faire lui-même une opinion sur les événements en cours. C'est une présomption ridicule.« Er förderte die »Légion des anciens combattants« als Vorkämpfer der »révolution nationale«, die der Staatschef → Pétain ausgerufen hatte, und als Truppe einer zu bildenden französischen Einheitspartei, ähnlich der Funktion, die die SS für die NSDAP hatte. Er erklärte den Franzosen die Politik der Annäherung an Deutschland, die Darlan betrieb. M. behielt das Amt auch, als → Laval am 18.4.1942 Regierungschef wurde, obwohl Pétain den alten Kommunisten lieber losgeworden wäre. Sein Mißtrauen schien gerechtfertigt zu sein, als M. im Dezember 1942 einige Meinungsäußerungen des Staatschefs über die »chefs indignes d'Afriques« verbreitete, die dem Ansehen Pétains in Nordafrika schaden. M. förderte die Rekrutierung von Franzosen für die »Légion des Volontaires Français contre le bolchevisme« (LVF) und übernahm das Präsidium der »Association des amis de la Waffen-SS«. Im Januar 1944, als → Henriot sein Nachfolger wurde, blieb M. als Minister ohne Geschäftsbereich im Kabinett.

Im Aug. 1944 folgte M. Pétain nach Belfort, wohin der Staatschef gegen seinen Willen von den Deutschen angesichts des Vormarsches der Westalliierten gebracht wurde. Ende des Monats gehörte er mit de → Brinon, → Darnand, → Déat und Doriot zu den fünf Franzosen, die einer Einladung der deutschen Regierung ins Führerhauptquartier nach Ostpreußen folgten, wo ihnen Ribbentrop und Hitler erklärten, daß die deutschen Rückschläge nur vorübergehender Natur seien und daß neue Waffen für den Endsieg bereitstünden. Hitler forderte sie auf, der Amtsniederlegung Pétains mit einer neuen Regierung zu begegnen, an deren Spitze er Doriot sehen wollte. Um diese Regierung zu legitimieren, sollte Pétains Zustimmung eingeholt werden. M., der dazu ausersehen war, die neue Regierungspropaganda zu leiten, lehnte ab, da Pétain jegliche Zuständigkeitsveränderung untersagt hatte. Wie Pétain und Laval sah M. angesichts des bevorstehenden Endes von jeder weiteren politischen Betätigung ab. In Sigmaringen hatte er den Spitznamen »Paul de la lune«.

Als die Amerikaner den Rhein überquerten, floh M. nach Tirol, weil ihm die Schweiz kein Asyl gewährte. Am 12.7.1945 stellte er sich den Alliierten. Nach seiner Inhaftierung in Fresnes wurde ihm der Prozeß gemacht. Das Urteil, das am 14.12.1948 ausgesprochen wurde, lautete auf zehn Jahre Zuchthaus. Im Juli 1951 fiel er unter eine Amnestie des französischen Staatspräsidenten. Die letzten drei Lebensjahre verbrachte er in Paris.

Literaturhinweise:

William R. Tucker: Politics and Aesthetics. The Fascism of Robert Brasillach, in: Western Political Quarterly 12/1962

Philippe Amaury: Les deux premières expériences d'un »ministère de l'information« en France, Paris 1969

G. M. Thomas: The Political Career and Ideas of Paul Marion, Diss Oxford University 1970

MARTHINSEN, KARL ALFRED, geb. 25.10.1896 in Tromsø, ermordet 8.2.1945 in Oslo, Chef der norwegischen Staatspolizei 1941–1944, Leiter des »Rikshird« 1944

M. war Hauptmann im Varanger Bataillon des norwegischen Heeres, als der Zweite Weltkrieg ausbrach. Während des Finnisch-russischen Winterkriegs 1939/40 arbeitete er als Sicherheitsoffizier zusammen mit Jonas → Lie in Ost-Finnmark. Er entwickelte gute Kontakte zum finnischen Nachrichtendienst und informierte die Finnen über Landsleute, die für die Russen arbeiteten. Lie, der



seit 1933 Mitglied der »Nasjonal Samling« (NS) war, warb i für die Partei. Nach der Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht im Frühjahr 1940 gehörte M. zu den Offizieren, die sich nach der Auflösung des norwegischen Heeres in den Polizeidienst übernehmen ließen. Am 20.9.1940 trat er seinen Dienst an. Von Lie ins Polizeiministerium berufen, nahm er als »Inspektor für besondere Aufgaben« die Funktionen wahr, die Lie verwaltet hatte, bevor er zum Polizeiminister ernannt wurde. Im Oktober 1940 holte Lie die Zustimmung des deutschen Reichskommissars, Josef Terboven, für die Umorganisation der norwegischen Polizei nach deutschem Muster ein. Im Laufe des Jahres 1941 entstanden die beiden Hauptabteilungen »Ordnungspolizei« und »Sicherheitspolizei«. Zur Sicherheitspolizei gehörten die Kriminalpolizei und die Staatspolizei. Im März 1941 übergab Lie seinem Bekannten M. die Leitung der Staatspolizei. Sein Vorgesetzter war der Leiter der Sicherheitspolizei, Oliver → Möystad. Ausschließlich aus Norwegern bestehend, erhielt die Staatspolizei des öfteren Aufträge vom deutschen SD, mit dem sie bei der Bekämpfung der norwegischen Heimatfront zusammenarbeitete. In der Widerstandsbewegung war M. als eines der gefährlichsten und skrupellosesten Werkzeuge der Deutschen gefürchtet. Der Einrichtung einer besonderen Grenzpolizei als Unterabteilung der Staatspolizei gab Lie im Herbst 1941 seine Zustimmung, so daß diese mit Beginn des Jahres 1942 unter M. ihren Dienst aufnehmen konnte. Sie überwachte die Häfen des Landes und die Grenze zu Schweden, um Flüchtlingen den Weg ins neutrale Ausland oder nach Großbritannien zu verbauen.

Möystad und M. waren die gefürchtetsten Polizeifunktionäre Norwegens. Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden führten im Juli 1943 zu einer Beschwerde Möystads beim Führer der NS, Vidkun → Quisling. Möystad beklagte sich, von M. übergangen und bei wichtigen Entscheidungen ausgeschaltet zu werden. Selbst von bedeutenden Aktionen der Staatspolizei werde er nicht informiert. Möystad bat Quisling, M. zur Einhaltung des Dienstweges anzuhalten. Wider Erwarten entschied Quisling gegen Möystad. Er setzte ihn als Leiter der Sicherheitspolizei ab und übergab das Amt an M. Mit Möystad glaubt er einen unangenehmen Kritiker loszuwerden, der vor zu großer Abhängigkeit von Deutschland warnte. In der Doppelfunktion als Leiter der Sicherheitspolizei und der Staatspolizei war M. hinfür der mächtigste Norweger im Land. Um seine Mitarbeiter in allen Polizeidiensten ideologisch festzulegen, verlangte er von ihnen, Mitglieder der NS zu werden. Er erwartete von ihnen ein besonderes Engagement für die Partei. Wer sich dazu nicht bereit fand, konnte als Freiwilliger zur Waffen-SS gehen oder wurde entlassen, wenn er eine führende Funktion hatte. Um den Widerstand gegen das am 22.2.1943 erlassene Gesetz über die Pflicht zum allgemeinen nationalen Arbeitseinsatz in der norwegischen Bevölkerung zu brechen, befahl M. am 9.8.1943 dem Polizeioffizier Gunnar Eilifsen, fünf junge Mädchen, die sich der Einberufung zum Arbeitsdienst widersetzen, zu verhaften. Als Eilifsen sich weigerte, diesen Auftrag auszuführen, wurde er von der Staatspolizei festgenommen. Terboven wies die zuständigen norwegischen Minister Lie und → Riisnæs am 13.8.1943 an, Eilifsen binnen zweier Tage zum Tode zu verurteilen, ansonsten werde der Delinquent vor ein deutsches Gericht gestellt. Am 14.8.1943 erließ Quisling eine Verordnung, die es möglich machte, für Be-

MARTINSEN, KNUT BØRGE

fehlsverweigerung die Todesstrafe zu verhängen. Als Mitglied des zu diesem Zwecke neu eingerichteten »Polizeisondergerichts«, das am 15.8.1943 in den Sälen des Obersten Gerichts zusammenkam, plädierte M. für das Todesurteil und überredete einen Mitrichter zum selben Votum. Gleichzeitig mit der Hinrichtung Eilifsens am 16.8.1943 ließ M. 500 Polizisten verhaften, die sich mit dem Verurteilten solidarisiert hatten, um von den anderen Befehlstreue zu erzwingen. Am 1.1.1944 erhielt M. den Titel eines Generalmajors der Polizei, und am 30.3.1944 wurde er von Quisling zusätzlich zu seinen Polizeiaufgaben mit der Leitung des Rikshird beauftragt. Die Ämterverschmelzung sollte die Zusammenarbeit zwischen Rikshird und Polizei intensivieren, die in dieser Phase des Krieges zur Bekämpfung der Heimatfront immer wichtiger wurde. Im Herbst 1944 veranlaßte M. in Lies Abwesenheit eine groß angelegte Säuberung der Polizei und der NS. Selbst in den oberen Stufen der Hierarchie ließ er Verhaftungen vornehmen, was ihm weiteren Spielraum in seinem Kampf um die Macht verschaffte. Als Lie Anfang 1945 bei den Deutschen in Ungnade fiel, sollte M. sein Nachfolger als Polizeiminister werden. Aber am Morgen des 8.2.1945 fand man ihn ermordet in seinem Auto. Als Vergeltungsmaßnahme ließen die Deutschen 29 Geiseln hinrichten. Die Ermordung M.s durch Angehörige der norwegischen Heimatfront sollte verhindern, daß er die verschiedenen paramilitärischen Einheiten der NS, vor allem den Rikshird, in der letzten Phase des Krieges zusammen mit Polizeieinheiten gegen die Widerstandsbewegung einsetzte. M. war ein kleiner und hagerer Mann, »charmant bis fast zum Dämonischen«. Er führte seit seiner Kindheit ein genügsames, beinahe puritanisches Leben und war deshalb unbestechlich. Sein Fanatismus verleitete ihn zu Härten und Grausamkeiten.

Literaturhinweise:

- Nils Johan Ringdal: Mellom barken og veden, Oslo 1987
Oddvar Hoidal: Quisling – en studie i landssvik, Oslo 1988
Magne Skodvin: Krig og okkupasjon 1939–1945, Oslo 1990
Sverre Rodder: Min ære er trokap, Oslo 1990
Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

MARTINSEN, KNUT BØRGE, geb.30.11.1905 in Sandved (Harslev), gest. 25.6.1949 in Kopenhagen, Kommandeur des »Frikorps Danmark« 1942, Führer des »Schalburg-Korps« 1943–1945, Obersturmbannführer der Waffen-SS

M. schlug nach seiner Schulbildung die militärische Laufbahn ein. 1933 wurde er Leutnant 2. Klasse. 1937 schickte ihn der dänische Generalstab zur Beobachtung des Bürgerkriegs nach Spanien. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Kapitänleutnant befördert und bekam eine Stelle im Dänischen Kriegsministerium. Da die Besetzung Dänemarks durch die Deutschen am 9.4.1940 ohne Einfluß auf das dänische Heer blieb, konnte M. am Generalstabslehrgang des Jahres 1940/41 teilnehmen. Seine antikommunistische Einstellung, die sich während seines Aufenthalts in Spanien verstärkt hatte, führte ihn am 26.6.1940 zum Eintritt in die »Danmarks National Socialistiske Arbejder Parti« (DNSAP) des Frits → Clausen. Ihn beeindruckte die militärische Disziplin der deutschen Truppen

Ostmark gemacht, die er als internierter Monarch während des Krieges durchführen durfte. L. behauptete, es habe sich um Zahnarztberufe gehandelt, während ihm sein Gegner Kontrakt zu dem Nationalsozialisten Graf Kuehn nachwies. Auf besonderes Unverständnis stieß seine unstandesgemäße Heirat mit der um viele Jahre jüngeren Marie Liliane Baels am 11.9.1941. Daß der König in einer derart kritischen Situation seines Landes seinen privaten Vergnügen nachging, gab vielen zu denken. Durfte ein Kriegsgefangener, als der er sich ausgab, überhaupt heiraten? Zeigte die Zustimmung der Rexpartei zu diesem Schritt nicht, daß der König ein heimlicher Förderer der Rexisten war? Je heftiger dies von königlicher Seite dementiert wurde, desto mehr Glauben schenkte man Degrelle, der damit Werbung betrieb.

Als L. sich in einem Brief an Hitler über die Behandlung der 290 000 belgischen Arbeiter in Deutschland, von denen etwa 150 000 freiwillig gekommen waren, beschwerte, antwortete ihm Hitler am 18.2.1943 zornig: Der König habe wohl über die milde Form seiner Kriegsgefangenschaft vergessen, was er tun dürfe. Es sei die Pflicht der Belgier, sich mit allen Kräften dafür einzusetzen, daß der Kommunismus von Europa ferngehalten werde. Wenn er noch einmal einen solchen Brief schreibe, müsse für ihn eine andere Form der Gefangenschaft außerhalb Belgiens gefunden werden. Mit dem verfälschten Bild vor Augen, das die alliierte Propaganda von ihm zeichnete, verfaßte L. im Januar 1944 sein politisches Testament. Darin steht der Satz: »Es ist zu befürchten, daß das Ende der Feindseligkeiten von öffentlicher Rachsucht begleitet sein wird und von zahllosen Fällen, in denen öffentliche und private Ressentiments ausgetragen werden.« Obwohl die militärische Situation des Deutschen Reiches 1944 immer desolater wurde, lehnte L. am 10.5.1944 das Angebot aus Widerstandskreisen ab, sich an die Spitze der Résistance zu stellen oder mit ihrer Hilfe nach London zu fliehen. Um sich vor den Alliierten zu rehabilitieren, zog er die erwartete Verbringung in ein deutsches Kriegsgefangenenlager vor.

Als am 3.9.1944 die Westalliierten Brüssel besetzten, befand sich L. zusammen mit den wichtigsten belgischen Kollaborateuren in Deutschland. Am 7.6.1944 wurde er mit seiner Familie aus Laeken weggebracht, angeblich um ihn vor den alliierten Bombardierungen in Sicherheit zu bringen. Ob L. freiwillig ins Exil nach Hirschstein bei Dresden ging, ob er gegen die Verbringung protestierte oder ob er zur Abreise gezwungen wurde, gehörte zu den Streitpunkten nach dem Krieg. Unklar ist auch, wer den Befehl zum Abtransport gab. Als sich L. bei Hitler über die Art der Unterbringung beschwerte, fragte dieser, wer die Überführung des Königs veranlaßt habe. Ihm wurde Himmlers Namen genannt. Nach dem Krieg fand sich jedoch auch eine ominöse Aufzeichnung von einem Gespräch, in dem L. darlegte, warum er es vorziehen wollte, nach Deutschland zu flüchten, statt in Belgien zu bleiben. Als die Rote Armee Sachsen bedrohte, wurde L. im Salzkammergut interniert.

Die belgische Regierung, die am 3.9.1944 in das befreite Brüssel einzog, machte Stimmung gegen den König. Am 20.9.1945 bestimmte das Parlament Prinz Karl zum Regenten. Angesichts der innenpolitischen Auseinandersetzungen um

des Krieges und über das Schicksal der Monarchie abzuwarten. Erst nach dem Volksentscheid am 12.3.1950 bei dem sich die Mehrheit der Belgier für die Erhaltung der Monarchie aussprach, kehrte L. am 22.7.1950 nach Brüssel zurück. Daß 72% der Flamen für ihn gestimmt hatten, war ein Zeichen des Verständnisses, das diese Volksgruppe für seine Situation im Krieg aufbrachte. Nach der Rückkehr des Königs kam es in Brüssel zu bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen. Da L. von der liberalen und sozialistischen Seite keine Unterstützung bekam, übergab er zehn Tage nach seiner Rückkehr seinem Sohn Baudouin die Regierungsgeschäfte. Am 1.8.1951, als dieser 21 Jahre alt wurde, dankte er ab. Aus der Sicht des Königs waren alle Kollaborationsvorwürfe gegen ihn haltlos. Mit der Kapitulation habe er ein sinnloses Blutvergießen und eine unnötige Verwüstung des Landes verhindert. Mit seinem mißglückten Besuch bei Hitler im November 1940 habe er lediglich dem belgischen Volk Erleichterungen verschaffen wollen. Seinen Fehler sah L. darin, daß er den deutschen Nationalsozialismus und italienischen Faschismus für stark genug gehalten hatte, Europa neu zu ordnen und die Bolschewisierung des Abendlandes zu verhindern. Er hatte gehofft, daß Italien in Nordafrika und Deutschland in Rußland ihr aggressives Potential abbauen und die Länder Westeuropas in Ruhe lassen würden. In seinem politischen Testament fand L. verständnisvolle Worte für die Lage der Flamen. Er bedauerte die lange Periode von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die sie durchmachen mußten, und beklagte das Unverständnis des Parlaments und die Trägheit der Regierungen bei der Erfüllung der gerechtfertigten flämischen Forderungen. Er hoffte, daß sich Brüssel bei allen Gegensätzen zwischen Wallonen und Flamen zu einer Hauptstadt mit »doppelter kultureller Ausstrahlung« entwickeln werde.

Literaturhinweise:

G. H. Dumont: Leopold III, Brüssel 1946

Joseph P. Kennedy und James M. Landis: The Surrender of King Leopold, New York 1950

Jane Kathryn Miller: Belgian Foreign Policy between two Wars 1919–1940, New York 1951

Hans Rogger und Eugen Weber (Hrsg.): The European Right. A Historical Profile, Berkeley u. a. 1965

Jacques Pirenne: Dossier du roi Leopold III, Luxemburg 1971

David Littlejohn: The Patriotic Traitors. A History of Collaboration in German-Occupied Europe 1940–1945, London 1972

Wilfried Wagner: Belgien in der deutschen Politik während des Zweiten Weltkrieges, Boppard am Rhein 1974

Margret Boveri: Der Verrat im 20. Jahrhundert, Reinbek 1976

LIE, JONAS, geb. 31.12.1899 in Oslo, Selbstmord 11.5.1945 in Skallum (Baerum), norwegischer Polizeiminister 1940–1945, Kommandeur der »Germanische SS Norge« 1942–1944, SS-Sturmbannführer

L. war der Enkel des norwegischen Dichters Jonas Lie und der Sohn der Schriftstellerin und Journalistin Kathrine Lie und des Begründers der Bibliothèque

gung Erik Lie. Er empfand seinen Namen zeit lebens als große Last und die Erwartungshaltung der Umwelt als erdrückend.

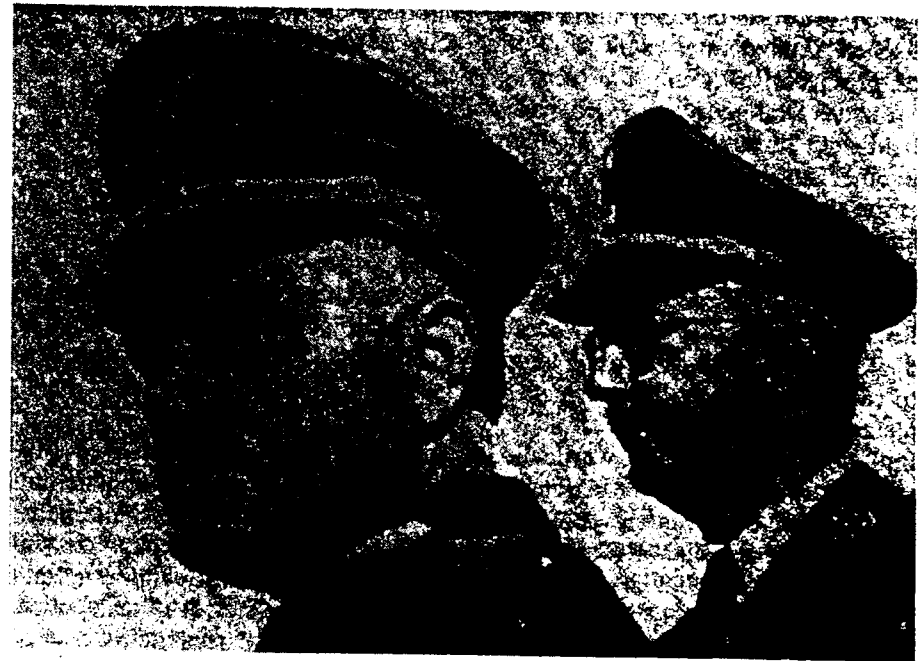
Die Jugend verbrachte L. in Paris. Nach der Rückkehr der Familie nach Norwegen 1905 lebte er im Hvalstad-Tal in Asker, dem »Tal der Künstler«, wo er gesellschaftlichen Umgang mit vielen bekannten literarischen Größen pflegte. Im Ersten Weltkrieg verfolgte er mit seinem Vater auf einer Wandkarte den Kriegsverlauf. Im Gegensatz zu seinen Mitschülern hegte er große Sympathien für Deutschland. 1917 legte er das Abitur an der angesehenen Ragna Niensens-Schule in Kristiania ab und ging anschließend als Kriegskorrespondent nach Deutschland. Von August bis November 1917 war er an der Ostfront in Riga. Weihnachten 1917 stellte er in Berlin fest, daß das von der Außenwelt abgeschnittene Deutsche Reich einen weiteren Winter nicht überstehen werde. Deshalb hoffte er auf einen baldigen Sieg der Mittelmächte. Nach dem Frieden von Brest-Litowsk ging er im März 1918 nach Saarbrücken, um die deutsche Frühjahrsoffensive zu verfolgen. Die folgende Niederlage des »großen germanischen Mutterlandes« ging ihm nahe. Zu seinem Entsetzen akzeptierte Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen der Ententemächte. Er beklagte den Verfall der Moral im deutschen Heer, wo »die Pflichterfüllung« den »Drang nach vorwärts« ersetzt habe. Mit Bestürzung nahm er zur Kenntnis, daß »der letzte große Kaiser von Gottes Gnaden«, Wilhelm II., abdankte, weil »die Kleinen und Vielen« es so wollten. Er empfand Schuld, nicht für den Sieg der richtigen Sache mitgekämpft zu haben. Die kommunistischen Aufstände in den deutschen Städten gaben ihm zu denken. Er fürchtete den Sieg des Sozialismus. Das Berlin, das er zu Weihnachten 1918 wiederbesuchte, zeigte sich ihm als fremde Stadt: Verlotterte Rotgardisten verunsicherten die Bürger, und Plünderungen waren an der Tagesordnung, bis der Einmarsch der Frontsoldaten am 11.1.1919 dem Chaos ein Ende bereitete.

Im Sommer 1919 legte L. das Examen an der Kriegsschule ab. Aber unter dem Einfluß seiner Familie beendete er seine militärische Laufbahn, bevor sie begonnen hatte. Er nahm das Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Kristiania auf. Nach dem Examen arbeitete er als Rechtskandidat in der Kanzlei eines Anwalts am Obersten Gericht. Ende 1924 übernahm er eine Kanzlei in Holmestrand, 1930 bekam er die Stelle des Polizeibevollmächtigten von Bergen und 1932 wurde er zum stellvertretenden Kommandeur der Staatspolizei ernannt, die zur Unterdrückung von Streiks und Straßenkämpfen nach deutschem Vorbild aufgestellt worden war. L. beschäftigte sich mit Fragen der Polizeitaktik und erarbeitete neue Einsatzformen bei gewalttätigen Demonstrationen. Er plädierte dafür, Gewalttätigkeiten im Keim zu ersticken. 1937 wurde die Staatspolizei in eine Einsatzpolizei umfunktioniert und L. zu ihrem Chef ernannt. Da man nach den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 in Deutschland große Unruhen erwartete, machte L. eine Studienreise nach Berlin, um die Vorsorgemaßnahmen der Polizeikräfte in Augenschein zu nehmen. Dabei hörte L. erstmals Hitler reden. Die neue Ordnung in Deutschland beeindruckte ihn so, daß er zu Hause der »Nasjonal Samling« (NS) beiträt. 1935 verließ er die Partei wieder, ohne je mit → Quisling zusammengewesen zu sein.

Die Volksabstimmung im Saarland am 13.1.1935 verlor L. mit zwei weiteren norwegischen Polizeioffizieren im Auftrag des Völkerbundes als Wahlbeobachter. Bis die Deutsche Verwaltung an der Saar übernahm, fungierte er als kommissarischer Polizeichef in Saarbrücken. Von April bis Juni 1938 war er Mitglied einer internationalen Delegation bei der Volksabstimmung in der Provinz Hatay zwischen der Türkei und Syrien. Die Intrigen der Franzosen machten ihn zu einem Feind ihres Großmachtstrebens.

Als der in Norwegen im Exil lebende russische Politiker Leo Trotzki wegen angeblicher politischer Umtriebe im September 1936 unter Bewachung gestellt wurde, hatte L. die Aufgabe, ihn und seine Frau auf dem Hof Sundby in Hurum im Oslofjord von der Umwelt abzuriegeln. L. war beeindruckt von der Verteidigungsrede, die Trotzki vor Gericht hielt. Am 19.12.1936 wurde der Revolutionär nach Mexiko abgeschoben. L. begleitete ihn auf seiner Fahrt an Bord des Lastbootes »Ruth«. Die Seereise inspirierte L. zu seinem Kriminalroman »Ein Hai folgt dem Boot«. Nach der Übergabe Trotzkis an die mexikanischen Behörden machte L. eine Studienreise durch mehrere Großstädte der USA. Beim FBI studierte er die Methoden der Verbrechensbekämpfung, die dort gepflegt wurden. Auf der Heimreise übersetzte er das Buch seines amerikanischen Kollegen Melvin Purvis »Hart auf hart. Vom Kampf gegen Amerikas Banditen« ins Norwegische.

Als am 9.4.1940 die deutsche Invasion in Norwegen begann, hielt sich L. in Nordnorwegen auf. Aufgebracht über die Meldung, Quisling habe ihn zum Mi-



Jonas Lie und Heinrich Himmler

nister ernannt, wollte er am Kampf gegen die deutsche Eindringlinge teilnehmen. Mit zwei Begleitern, beladen mit schweren Munitionskisten, gelangte er nach einem Skimarsch über mehrere hundert Kilometer durch Schweden bis kurz vor die norwegische Grenze, wo die schwedische Polizei die Waffen beschlagnahmte. Gegenüber schwedischen Zeitungen und dem norwegischen Gesandten in Stockholm machte er deutlich die Benennung zum Minister durch Quisling ohne sein Wissen geschehen war: »Ich habe nie mit ihm zutun gehabt. Ich hörte die Meldung über Rundfunk in Finnmark. Was kann ein Mann tun, wenn er derart beleidigt wird? Das ist ein Unrecht, das nie wieder gutgemacht werden kann.« Auf dem weiteren Weg zurück nach Norwegen traf er am 20.4.1940 in Drevsjo mit Ragnvald → Hvoslef zusammen, der von seiner Ernennung zum Verteidigungsminister durch Quisling ebensowenig begeistert war wie L. Am 21.4.1940 meldete er sich in Lillehammer beim Oberkommando des norwegischen Heeres zum Dienst. Seine Beinverletzung verhinderte allerdings einen direkten Kampfeinsatz. Nach dem Abzug der britischen Truppen ergab sich am 1.5.1940 den Deutschen.

Dem Journalisten Axel Kielland sagte L. am 6.5.1940 in einem Interview, als auf seine Ministerernennung durch Quisling angesprochen wurde, volle Empörung: »Wart nur, bis ich den Banditen in die Finger kriege!... Quisling, das Schwein, setzt mich auf seine verdammte Liste! Ich habe nie etwas gesagt, geschrieben oder gedacht, was dem Hanswurst das Recht gibt, sich einzubilden, daß ich an seiner Regierung teilnehmen werde.«

Am 30.5.1940 ernannte der deutsche Reichskommissar für Norwegen, Josef Terboven, L., den er seit 1935 kannte, zum »Polizeiinspektor für besondere Aufgaben« im Justizdepartment. In dieser Funktion bekam L. Einblick in die politischen Akten der norwegischen Polizei und konnte zahlreiche deutsche Forderungen nach Bestrafung von Norwegern umgehen.

Trotz des Drängens von → Riisnæs, anlässlich der offiziellen Amtsantrittserlichkeiten Terbovens am 1.6.1940 mit ihm der NS beizutreten, verweigerte L. einer Zusammenarbeit mit Quisling. Erst als Terboven ihn dazu drängte, weil er ihn so bald wie möglich anstelle von Quisling zum Parteichef machen wollte, überwand L. seine Bedenken. Am 16.9.1940 wurde er Parteimitglied. Das war die Voraussetzung, daß er am 25.9.1940 Polizeiminister im Staatsrat (kommunikarisk riksråd) werden konnte, der unter der Aufsicht des Reichskommissars die Regierungsgeschäfte führte. Dieses Amt nahm L. bis zum Kriegsende wahr. Um die Polizei politisch einheitlich auszurichten, drängte er die Polizisten zum Eintritt in die NS. Die Alternative zum Parteieintritt war der Verlust des Arbeitsplatzes.

Im Laufe des Jahres 1941 wurde die norwegische Polizei nach deutschem Muster umstrukturiert. In der folgenden Zeit bestand sie aus zwei Hauptabteilungen, nämlich der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei. Die Sicherheitspolizei gliederte sich in Kriminalpolizei und Staatspolizei; die Grenzpolizei unterstand der Staatspolizei. Chef der Ordnungspolizei wurde Egil Olbjoern, Chef der Sicherheitspolizei wurde Oliver → Möystad, und Chef der Staatspolizei wurde Karl Alfred → Marthinsen, den L. bereits von früher kannte. Der enge persönliche Kontakt L.s zu Marthinsen führte später zur Ablösung von Möystad

Allen Sparten der Polizei verbot sich in die Angelegenheiten der NS einzumischen. Auf der anderen Seite sollten sie den Rikshird bei allen seinen Maßnahmen, auch bei Festnahmen, unterstützen.

Im April 1941 nahm L. die Gelegenheit wahr, die deutschen Truppen auf dem Balkanfeldzug in Jugoslawien und Griechenland zu begleiten. Er brachte das Eiserne Kreuz II. Klasse mit. Die Erlebnisse inspirierten ihn zu seinem Buch »Over Balkans syv blåner«, das der Propaganda für die Freiwilligenmeldung zur Waffen-SS diente. Am 21.6.1942 übernahm L. im Rang eines SS-Sturmbannführers die Leitung der »Germanske SS Norge«, die der Allgemeinen SS in Deutschland entsprach. Von Oktober 1942 bis Februar 1943 stand L. als Angehöriger der Waffen-SS im Einsatz an der Ostfront. Viele Polizeiangehörige folgten ihm.

Die Beziehungen zwischen L. und Quisling blieben gespannt, weil L. die offensichtliche Gunst Terbovens hatte, während Quisling → Hagelin protegierte.

Mit dem Beschluß des Ministerrats vom 29.4.1945, daß auf norwegischem Boden keine Kampfhandlungen stattfinden dürften, weil das Land neutral sei, war L. nicht einverstanden. Er wollte auch einen Bürgerkrieg riskieren. Noch am 30.4.1945 eröffnete er in Oslo die Ausstellung »Norwegen ruft«, in der die Leistungen der norwegischen SS-Freiwilligen herausgestellt wurden, mit denen er die Auseinandersetzung wagen wollte.

Nach der deutschen Kapitulation nahm sich L. bei der Verteidigung des Hofes Skallum gegen die Heimatfront zusammen mit Rogstad das Leben, während sich Riisnæs den Belagerern ergab.

Nach dem Krieg wurde das schriftstellerische Werk L.s in Norwegen unterdrückt. Zu den bekanntesten Werken gehörten »Die Jungen von der Westbahn. Einer von ihnen« (1924), »Die letzte ihres Geschlechts. Bericht über Orla Wolff« (1925) und »Max Mauser. Der Diamant des Todes. Bericht über Orlow« (1932).

Literaturhinweise:

- Dietrich Look: Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970
- Nils Johan Ringdal: Gal mann til rett tid, Oslo 1989
- Oystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989
- Sverre Rodder: Min ære er troskap, Oslo 1990
- Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

LINDHOLM, SVEN OLOF, geb. 8.2.1903 in Jönköping, 1995 in Stockholm lebend, Gründer der »Nationalsocialistiska Arbetarparti« (NSAP) 1933 und der »Svensk Socialistisk Samling« (SSS) 1938

In der schwedischen Armee, in die er 1923 nach dem Besuch der Realschule eingetreten war, brachte es L. bis zu seiner Entlassung 1930 zum Feldwebel der Artillerietruppe. Während seiner Stationierung in Östermalm las er 1926 in den Zeitungen vom Aufschwung des Faschismus auf dem Kontinent. Er setzte sich mit dem Antisemiten Prof. Elof Eriksson in Verbindung, der als Redakteur der Zeitung »Nationen« nordische Rassenlehre pflegte und für die Erhaltung des reinen Bauerntums eintrat. Da bei L. jedoch der nationalsoziale Gedanken im Vorder-

stischen Schulung und vormilitärischen Ausbildung eines Regiments der Waffen-SS zur Verfügung gestellt werden könnten.

Am 28.4.1945 meldete sich M. zum letztenmal im Sender Prag zu Wort. Er warnte die tschechische Bevölkerung vor einem Aufstand, der den Krieg bestenfalls um zwei bis drei Tage verkürzen könne, dafür aber vielleicht 200 000 Tote kosten würde. Die tschechische Regierung brauche Ruhe im Land, wenn sie bei den kommenden politischen Umwälzungen zu Wort kommen wolle. In der Nacht vom 1. zum 2. Mai schloß sich Frank den Ausführungen M.s an: Die Tschechen sollten sich hüten, in letzter Stunde Gegenmaßnahmen der Deutschen zu provozieren. Alle Protektoratsangehörigen sollten vielmehr daran interessiert sein, daß möglichst weite Gebiete Böhmen und Mährens von den westalliierten Truppen besetzt würden und nicht von der Roten Armee. Beide Aufrufe hinderten die Tschechen nicht daran, am 5.5.1945 mit den Morden an den Deutschen zu beginnen.

Literaturhinweise:

Vojtech Mastny: The Czechs under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939–1942, New York u. a. 1971

Detlef Brandes: Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 2 Bände, München u. a. 1969 und 1975

MÖYSTAD, OLIVER, geb. 15.6.1892 in Elverum, gest. 28.6.1956 ebenda, Chef der norwegischen Sicherheitspolizei 1941–1943, Leiter des »Rikshird« 1942–1944

M. studierte an der Technischen Hochschule in Dresden Bauingenieurwesen und besuchte ein Jahr lang die Offizierschule des norwegischen Heeres. Im Hauptberuf war er Landwirt und Waldbesitzer. Mit seinem Eintritt 1933 gehörte M. zu den frühen Mitgliedern der »Nasjonal Samling« (NS), die → Quisling und → Prytz im Mai dieses Jahres gründeten. Er identifizierte sich mit den nationalen, sozialen und rassischen Zielen der Partei und veröffentlichte mehrere Zeitungsartikel zur Erläuterung der Parteiziele. In der »Hedemark Fylkesavis«, deren Redaktion er im Juni 1935 übernahm, schrieb er in der ersten Nummer, daß die Zeitung den Kampf gegen die »Verjudung« des norwegischen Volkes aufnehmen werde.

Nach der Besetzung Norwegens durch die deutschen Truppen wurde M. im Sommer 1940 im Gau Hedmark Führer des »Rikshird«, einer der deutschen SA entsprechenden Organisation der NS, deren Kampforganisation sich »K.O.« nannte. Im Frühjahr 1941 übernahm er das Kommando über das 2. Hirdregiment, das die Gaue Hedmark und Oppland umfaßte. Er machte es zur Mustertruppe im Land.

Am 1.11.1941 wurde M. von Quisling zum Leiter der norwegischen Sicherheitspolizei ernannt, obwohl er über keinerlei Polizeierfahrungen verfügte. Mit der Übertragung dieses Amtes an M. hoffte Quisling, die Reibereien und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Polizei und Rikshird zu beenden, die zu Lasten der Partei gingen. M. legte fest, daß sich der Rikshird als eine Parteiorganisation um Parteiaufgaben zu kümmern habe, z. B. als Saalpolizei bei Versammlungen,

und nicht als Hilfspolizei eingesetzt werden dürfe. Dagegen wehrte sich die Osloer Ortsgruppe, die sich ihre bisherigen hilfspolizeilichen Rechte nicht nehmen lassen wollte. Um sich in allen Ortsgruppen des Rikshird durchsetzen zu können, ließ sich M. am 12.1.1942 von Quisling zum obersten Hirdführer ernennen. Obwohl M. sowohl in der Partei als auch im Rikshird ein großes Ansehen hatte, hielten die Streitigkeiten mit dem Osloer Hirdverband an, weil dessen Mitglieder revolutionärer waren als die Söhne des Ostertales, die M. bisher geführt hatte. Erst nach einigen Monaten gelang es ihm, die Gemüter zu beruhigen.

Als Chef der Sicherheitspolizei war M. auf die Zusammenarbeit mit den Abteilungsleitern der Kriminalpolizei und der Staatspolizei angewiesen. So gut die Kooperation mit dem in Berlin ausgebildeten Kripo-Fachmann Jorgen Wiemyhr war, so renitent zeigte sich der Leiter der Staatspolizei, Karl Alfred → Marthinsen. Obwohl M. der oberste Parteifunktionär in der norwegischen Polizei war, umging ihn Marthinsen, wo er konnte. Marthinsen hatte eine Abneigung gegen den Rikshird, dessen Leiter M. war, und bemühte sich im Gegensatz zu M., möglichst viele Polizeibeamte für den Dienst in der Waffen-SS zu interessieren, was M. als eine Schwächung der norwegischen Polizei und der norwegischen Nationalinteressen ablehnte. Es gelang M., Quisling und Prytz die Schwierigkeiten klarzumachen, mit denen die norwegische Polizei wegen der Eingriffe der »Germanische SS Norge« in ihrem Bereich zu tun hatte, und ihn von den Gefahren für die Unabhängigkeit des Landes zu überzeugen, wenn nach dem Krieg das Germanische Reich nach den Vorstellungen der SS gegründet würde.

Als Marthinsen den Befehl gab, für jeden geflüchteten Norweger ein Familienmitglied als Geisel zu nehmen, erhob sich nicht nur in der Bevölkerung ein Sturm der Entrüstung. Auch M. stellte sich gegen Marthinsen. Im Juli 1943 übergab er Quisling eine Dokumentation über die Angelegenheit. Dieser reagierte auf die Klage völlig unerwartet mit der Amtsenthebung M.s. Zur Genugtuung der SS-Dienststellen ernannte er Marthinsen zum Chef der Sicherheitspolizei. Am 30.3.1944 verlor M. auch sein Amt als Leiter des Rikshird an Marthinsen, weil er in dieser Funktion gegen den neuen Chef der Sicherheitspolizei agitiert hatte. Bei der Entmachtung M.s spielte eine Rolle, daß er dem nationalnorwegischen Flügel der NS angehörte, der die Abhängigkeit Quislings vom deutschen Reichskommissar in Norwegen, Josef Terboven, kritisierte und sich für die Beachtung norwegischer Nationalinteressen einsetzte.

Nach der Befreiung Norwegens wurde M. zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt und mußte eine Entschädigung in Höhe von 150 000 Kronen leisten. Am 1.4.1950 wurde er vorzeitig aus dem Zuchthaus entlassen und nahm seinen Wohnsitz auf dem Familienhof in Elverum.

Literaturhinweise:

Nils Johan Ringdal: Mellom barken og veden, Oslo 1987

Nils Johan Ringdal: Gal mann til rett tid, Oslo 1989

Øystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989

Sverre Rodder: Min ære er troskap, Oslo 1990

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører blir til, Oslo 1991

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie

” **HAMSUN, KNUT**, geb. 4.8.1859 in Lom (Gulbrandsdal), gest. 19.2.1952 in
Nøholm, norwegischer Schriftsteller und Nobelpreisträger

H.s Vater war der Schneider Pedersen, der mit seiner Familie 1863 nach Hamsund auf der Insel Hamarøy in Nordland zog, wo H. aufwuchs und wonach er sich später nannte. H. hatte eine harte Kindheit. Mit neun Jahren wurde er zum Arbeiten zu einem Onkel geschickt, bei dem er fünf Jahre blieb. Danach schlug er sich als Laufbursche, Schuhflicker und Dockarbeiter durchs Leben. Zwischen 1883 und 1888 war er mehrmals in Nordamerika. Mit 25 sandte er unter dem Pseudonym Knut Hamsund einen Artikel über Mark Twain an die Zeitschrift »Ny Illustreret Tridente«. Der Setzer vergaß das d am Schluß des Namens, so daß er sich fortan Knut Hamsun nannte. Der große Durchbruch als Schriftsteller kam jedoch erst mit dem Roman »Hunger« 1888. Mit 49 Jahren heiratete H. Marie Anderson, mit der er vier Kinder hatte und die das bäuerliche Leben in Nordland mit ihm teilte. Dorthin zog er sich 1908 zurück. Die Lektüre der Werke Nietzsches machte ihn mißtrauisch gegen den Kult des industriellen und wissenschaftlichen Fortschritts und gegen die städtische Zivilisation. Mit der Hochschätzung des Landlebens entwickelte sich seine Affinität zur Ideologie des Nationalsozialismus. Boden, Arbeit, Aussaat und Ernte, die Probleme der bäuerlichen Existenz, waren der Inhalt seiner Werke. Er

Stiftelsen for Høyere Upplysning 1914
rung war England in seinen Augen für die sozialen Verwerfungen der Zeit, insbesondere für die Landflucht und die Verstädterung, verantwortlich. Bereits im Ersten Weltkrieg trat H. die deutsche Position, während drei Viertel der Norweger für die englische Seite eintraten. 1918 kaufte H. das Gut Nørholm bei Grimstad in Südnorwegen, das er im Laufe der Jahre zu einem Musterbetrieb machte. 1920 erhielt er den Literaturnobelpreis für seinen Roman »Segen der Erde«, einen Lobgesang auf das Bauertum. 1934 nahm er in Weimar die »Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft« entgegen, mit der seit 1932, dem 100. Todestag Goethes, außergewöhnliche Verdienste um die deutsche Kultur gewürdigt wurden.



Knut Hamsun und seine Familie im Haus Nørholm bei Grimstad

1935 betrat H. die politische Bühne. Ganz im Sinne der Nationalsozialisten griff er den Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky an. Er bewunderte den »festen Charakter und unbeugsamen Willen« Vidkun → Quislings und pflegte zu mehreren Mitgliedern der »Nasjonal Samling« (NS) persönliche Beziehungen, obwohl er selbst nie Parteimitglied war. Aber bei den Wahlen 1936 machte er für Quisling Propaganda. H.s besonderer Haß galt den Briten. England war für ihn ein Staat, der »wie eine Ratte auf dem Schweinefleisch« vom Naturreichtum seiner Kolonien lebte. Die Schuld an der Einbeziehung Norwegens in den Krieg im April 1940 wies er den Briten zu, die wie im Ersten Weltkrieg um Deutschland einen Blockadering legen wollten. Zehn Tage nach der deutschen Invasion forderte er seine Leser auf, nicht den Widerstandsaufrufen des norwegischen Parlamentsprechers Carl Hambro, der nach Schweden geflohen war, zu folgen, weil dieser jüdischer Abstammung sei. Die Flucht der Regierung mit dem König nach Großbritannien empfand er als Schande. »Sie gab den Befehl zur Mobilmachung und machte sich aus dem Staube.« Die norwegischen Streitkräfte forderte er am 4.5.1940 auf, die Waffen niederzulegen: »Als die Engländer in den Jössingfjord eindringen und unsere Selbständigkeit verletzen, habt ihr nichts getan, auch dann nicht, als die Engländer unsere Küsten verminten, um uns in den Krieg hineinzuziehen. Aber als die Deutschen Norwegen besetzten, um zu verhindern, daß der Krieg in unser Land getragen werde, habt ihr für unseren entlaufenen König und sein Privatkabinett Stellung genommen ... Norweger! Werft die Gewehre fort und geht wieder nach Hause. Die Deutschen kämpfen für uns alle und brechen jetzt Englands Ty-

völkerung gegen ihn auf. Viele verbrannten seine Bücher. Noch unverständlicher fanden die Norweger sein Eintreten für eine nationale Regierung unter Quisling. Dieses Plädoyer mißfiel auch dem deutschen Reichskommissar, Josef Terboven, der ansonsten in H. einen Wegbereiter des Nationalsozialismus sah. Als H. im Winter 1941/42 bei ihm die Entlassung seines verhafteten Freundes Ronald Fangen erbat, mußte er sich bereit erklären, nichts zu tun, was der Besatzungsmacht schade. Seine Parteinahme für Deutschland zeigte sich in Aufsätzen, in denen er Stalin, Churchill und vor allem Roosevelt, »einen Juden im jüdischen Sold, den führenden Geist in Amerikas Krieg für das Gold und die Judenmacht«, angriff. H. glaubte an die Zukunft der germanischen Völker und träumte von »einer gemeinsamen reichen und blühenden Kulturperiode ... , die auf einer germanischen Lebensanschauung in Norwegen und im ganzen Norden beruht«. Am 15.12.1941 setzte er sich mit einem Aufruf unter der Überschrift »Ehret die Jugend« für die Aufstellung einer norwegischen Legion ein, die an der Seite der Wehrmacht gegen den Bolschewismus kämpfen sollte: »Die Jugend ist es, die zum Schlachtfeld eilt und die Ehre unseres Volkes wiederherstellt. Die Jugend ist es, die den Ruf hört und ihr Leben für die Zukunft Norwegens einsetzt.«

H. warnte seine Landsleute vor dem Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht, weil das zu unnötigen Opfern führe und nur den Briten zugute käme. Im April 1943 starben bei einer Schießerei in Telavay zwei Gestapomänner. Als Vergeltung ordnete Terboven an, daß dreizehn Männer des Dorfes hingerichtet und 300 Häuser sowie alle Fischerboote gesprengt würden. H. setzte sich öffentlich für ihre Begnadigung ein. In einem Artikel vom 13.2.1943 bedauerte er den Tod der vielen Männer, die sich für Englands Sieg hinrichten ließen. Er nannte sie »verblendete Opfer«.

Am 19.5.1943 besuchte H. den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, in Berlin. Beide waren voneinander angetan. Goebbels ließ H.s Werke in einer Neuauflage von 100 000 Stück auf den deutschen Markt bringen, und H. schickte Goebbels zum Dank seine Nobelpreismedaille. Als Ehrengast besuchte H. im Juni 1943 den Journalistenkongreß in Wien und legte ein Bekenntnis zu Deutschland ab. Zwei Tage später traf H. Hitler auf dem Obersalzberg. Bei der Unterredung kam es zu einem Eklat. H. forderte die Ablösung Terbovens: »Die Handlungsweise des Reichskommissars paßt uns nicht! Seine Preußerei ist für uns unerträglich. Und dann die Hinrichtungen! Wir können nicht länger.« Mit einem Monolog versuchte Hitler diesen Punkt zu umgehen, doch der schwerhörige Besucher verstand ihn nicht und wiederholte seine Forderung. Schließlich versprach Hitler, Terboven nach dem Krieg abzurufen und brach die Unterhaltung ab. Als H. daraufhin in Tränen ausbrach, bat Hitler den Dolmetscher, den Gast zu beruhigen. Der Pressechef Otto Dietrich schrieb später in seinen Buch »Zwölf Jahre mit Hitler«: »Als der alte Herr gegangen war, gab Hitler seiner Empörung unbehelligt Ausdruck. Es vergingen Tage, bis er die Aussprache verdaut hatte.«

Trotz seines Mißerfolgs bei Hitler trat H. weiterhin für die deutschen Belange in Norwegen ein. Über den Rundfunk forderte er z. B. alle norwegischen Seeleute in englischen Diensten auf, nach Norwegen zurückzukehren. Nach der westal-

kurzen Kommentar mit der Überschrift: »Deutschland hält die Rettung in der Hand«. Danach trat die Öffentlichkeit fast ein Jahr lang nichts mehr von H., bis er einen Tag vor der deutschen Kapitulation einen hymnischen Nachruf auf Adolf Hitler veröffentlichte, der am 30.4.1945 Selbstmord verübt hatte: »Ich bin es nicht wert, meine Stimme zur Ehrung Hitlers zu erheben. ... Er war ein Kämpfer, ein Kämpfer für die Menschheit und ein Verkünder der Botschaft vom Recht für alle Völker. Er war ein Reformator von höchstem Rang, und sein historisches Schicksal war es, in einer Zeit beispielloser Rohheit wirken zu müssen, der er schließlich zum Opfer fiel. So müssen die Mitteleuropäer Hitler sehen. Wir jedoch, seine Anhänger, verneigen unser Haupt vor seiner sterblichen Hülle.« Als er gefragt wurde, wie er so etwas schreiben konnte, meinte er: aus Ritterlichkeit in einer Zeit der Wendehälse.

Wie viele Schriftsteller seiner Zeit von Friedrich Nietzsche geprägt, glaubte H., daß Neues erst entstehen könne, wenn die alten Normen zerstört seien. Ohne Apokalypse gebe es keine bessere Welt. Auch im destruktiven Wirken Hitlers glaubte H. den Beginn einer neuen Gesellschaft mit neuen Wertvorstellungen erkennen zu können.

Drei Wochen nach Kriegsende wurden H. und seine Frau verhaftet. Der Dichter kam am 14.6.1945 in ein Krankenhaus in Grindstad. Bei den Vernehmungen stand H. zu seiner Sympathie für Deutschland. Den Vorwurf des Landesverrats wies er zurück. Trotzdem wurde sein Gut Nörholm vom norwegischen Staat eingezogen. Am 5.10.1945 wies man ihn in eine psychiatrische Klinik ein, um seinen Geisteszustand zu überprüfen. Das empfand H. als besondere Schmach: »Ich für mein Teil hätte zehnmal lieber in einem gewöhnlichen Gefängnis in Ketten gelegen, als mich damit peinigen zu lassen, mit mehr oder weniger gemütskranken Menschen zusammen in einer psychiatrischen Klinik zu leben.« Um H. entmündigen zu können, ließ sich der ihn betreuende Arzt Prof. Langfeldt von H.s Ehefrau Intimes aus ihrer Ehe erzählen. Sie charakterisierte ihn als einen tyrannischen, labilen und eifersüchtigen Mann. Als H. erkannte, daß man ihn aufgrund dieser Aussagen für geisteskrank erklären wollte, distanzierte er sich von seiner Frau und wies vier Jahre lang ihre Besuche zurück.

Im Dezember 1947 kam es zur Gerichtsverhandlung wegen seiner politischen Haltung während des Zweiten Weltkriegs. In seiner Verteidigungsrede erklärte H., daß es ihm in erster Linie um die Rettung norwegischen Lebens gegangen sei, als er für die deutsche Sache eintrat. Vom Vorwurf, Nationalsozialist gewesen zu sein, wurde H. zwar freigesprochen, aber wegen Landesverrats wurde er zu einer Geldstrafe von 425 000 norwegischen Kronen verurteilt. Weil er angeblich »an bleibend geschwächten Seelenkräften« litt, kam er in die Epidemieabteilung des Krankenhauses von Grindstad. Dort verarbeitete H. das Gerichtsverfahren in dem Buch »Auf überwachsenen Pfaden«, das 1951 erschien. Es bewies, daß er weit davon entfernt war, ein Geisteskranker zu sein.

Zu den Ausländern, die mißbilligten, wie die Norweger mit ihrem größten lebenden Schriftsteller umgingen, gehörte der russische Außenminister Molotow. Die literarischen Werke H.s wurden nach dem Zweiten Weltkrieg in Norwegen indiziert. Wenige kümmerten sich um ihn, als er 90 Jahre alt wurde. Eine Aus-

lierte. H.s Sohn Tore, der als Freiwilliger in der Waffen-SS gekämpft hatte, veröffentlichte 1952 Erinnerungen an seinen Vater mit vielen dokumentarischen Auszügen, die das verfälschte Bild H.s korrigieren sollten. Der Titel lautete »Knut Hamsun – min far«.

1978 machte sich der dänische Schriftsteller Thorkild Hansen in einem acht-hundert Seiten langen Buch »Processen mod Hamsun« über das norwegische Justizsystem lustig. Das war der Anfang der Rehabilitation. Die einfachste Formel hieß: H. hat die Deutschen geliebt, weil er die Engländer haßte. In den neunziger Jahren besannen sich die Norweger wieder ihres großen Sohnes, dessen sie sich vierzig Jahre lang geschämt hatten. In Hamarøy, dem einstigen Wohnsitz des Dichters, finden jedes Jahr »Hamsuntage« statt, an denen sogar das Königs-paar teilnahm.

Literaturhinweise:

Knut Hamsun: Auf überwachsenen Pfaden, München 1959

Sten Sparre Nilson: Knut Hamsun und die Politik, Villingen 1964

Thorkild Hansen: Der Hamsun-Prozeß, Hamburg 1979

Harald Naess: Der Fall Hamsun, in: Reinhold Grimm und Jost Hermand (Hrsg.): Faschismus und Avantgarde, Königstein 1980

Tore Hamsun: Mein Vater Knut Hamsun, München 1993

HEDIN, SVEN, geb. 19.2.1865 in Hidingsta (Närke), gest. 25.11.1952 in Stockholm, schwedischer Geograph und Schriftsteller

Als Nachfahre eines alten Bauerngeschlechts wurde H. in einem Weiler in der mittelschwedischen Provinz Närke geboren. Sein Vater war Architekt und seine Mutter die Tochter des Reichsbankdirektors und Reichstagsabgeordneten Christian Gissel Berlin. Nach dem Abitur übernahm er die Stelle eines Hauslehrers in der Familie eines schwedischen Ingenieurs, der auf den Ölfeldern am Kaspischen Meer beschäftigt war. Dort lernte er Russisch, Tatarisch und Persisch. Über seine erste 3000 km lange Reise zu Pferd nach Basra und Bagdad veröffentlichte er 1887 sein erstes Buch. Nach Hause zurückgekehrt, studierte er in Stockholm und Uppsala Geologie, Mineralogie, Kristallographie und Zoologie. Nach einem kurzen Studienaufenthalt an der Universität Berlin reiste er im April 1890 mit einer schwedischen Delegation zum Schah nach Persien. Von Teheran aus zog er nach Samarkand und Taschkent. 1892 schloß er sein Studium mit dem Doktorgrad in Halle ab. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits drei Bücher geschrieben und ein viertes übersetzt. 1893–1897 unternahm er seine erste Expedition nach Zentralasien, erforschte den Pamir, durchquerte die Wüste Takla-Makan und reiste nach Tibet. 1898 traf H. mit dem englischen Afrikareisenden Henry Morton Stanley in London zusammen und hatte mehrere Begegnungen mit Franz Joseph I., Kaiser und König von Österreich-Ungarn, in Wien. 1899 bis 1902 unternahm H. eine 2000 Kilometer lange Flußfahrt auf dem Tarim in Zentralasien. Der Versuch, nach Lhasa vorzudringen, scheiterte. 1905 wurde H. Mitglied der Königlichen Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Er lehnte es ab, sich in den Reichstag wählen zu lassen. Nach der Aufhebung der Per-

Beim Rückzug der Deutschen aus Paris floh L. mit seiner Frau und seinen drei Töchtern nach Sigmaringen. Dort übte er die Funktion des Informationsministers (commissaire à l'information) in der »Commission gouvernementale française pour la defense des intérêts nationaux« aus, das nach der Amtsniederlegung Pétains die Regierungsgeschäfte wahrnahm. L. leitete die Zeitung »La France« und den Radiosender »Ici la France«. Zwar gelang ihm beim Einmarsch der Westalliierten in Deutschland die Flucht nach Meran, aber dort wurde er erkannt und aufgegriffen. Obwohl er von Geburt Italiener war, wurde er in Nizza an die Franzosen ausgeliefert. Am 5.7.1945 kam er in Paris an. Der Cour de Justice de la Seine benötigte zwei Tage, um ihn am 21.1.1946 zum Tode zu verurteilen. Als er zur Exekution abgeholt wurde, beschimpften die Gefängnisinsassen das Begleitkommando mit den Rufen: »Assassins! Assassins! Salauds!« und hämmerten als Zeichen der Solidarität mit L. mit den Fäusten an die Zellentüren.

Literaturhinweise:

Corinne Luchaire: Ma drôle de vie, Paris 1949

Otto Abetz: Das offene Problem, Köln 1951

Henry Coston (Hrsg.): Dictionnaire de la politique française, Band 1, Paris 1967

Claude Lévy: Jean Luchaire et les Nouveaux Temps, Paris 1974

Bertram M. Gordon: Collaborationism in France during the Second World War, Ithaca u. a. 1980

LUNDE, GULBRAND OSCAR JOHAN, geb. 14.9.1901 in Fana bei Bergen, gest. 25.10.1942 in Andalsnes, norwegischer Minister für Kultur und Volksaufklärung 1940–1942

L. stammte aus dem alten Geschlecht der Lunde im Ådal, deren Stammbaum väterlicherseits in aufsteigender Linie zwölf Generationen zurückverfolgt werden konnte. Mit 17 schloß L. die Kathedralschule in Bergen mit dem Abitur ab und arbeitete danach ein Jahr lang als Praktikant bei der Firma Laksevåg Maschinen- und Eisenschiffsbau. Sein Chemiestudium absolvierte er an der Technischen Hochschule Zürich und an der Universität Freiburg im Breisgau unter dem Nobelpreisträger Heinrich Wieland, bei dem er 1925 mit einer Abhandlung über die Gallensäurereihe promovierte. Nach seiner Rückkehr nach Norwegen arbeitete er als Assistent am Mineralogischen Institut der Universität Oslo. Mit einem Stipendium führte er grundlegende Arbeiten über natürliche Jodvorkommen und deren Bedeutung für Stoffwechsel- und Kropferkrankungen aus. Die Ergebnisse erweckten großes Aufsehen in wissenschaftlichen Kreisen. Er hielt Vorlesungen über Mikrochemie und Physikalische Chemie. 1929 wurde L. Direktor des Laboratoriums der Hermetikkindustriens in Stavanger. Das nach seinen Plänen erbaute Institut erlangte Weltruf aufgrund der Forschungsergebnisse zur Kristallstruktur. L. veröffentlichte auch grundlegende Arbeiten über die Konservierung von Lebensmitteln mit politischen Auswirkungen. Besessen von dem Willen, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, die Lebensumstände der Fischer zu verbessern und zusätzliche Absatzmöglichkeiten für die Produkte der Landwirtschaft und des Gartenbaus zu finden, mit denen die Autarkie des Landes abgesichert werden konnte, intensivierte er seine Forschungen in der Lebensmit-

telchemie. Auch wegen seiner Arbeiten zur Vitaminforschung wurde G. weltbekannt. 1940 erschien im Julius Springer Verlag in Berlin das Buch »Vitamine in frischen und konservierten Nahrungsmitteln«.

L. erhielt eine Fülle wissenschaftlicher Ehrungen. 1938 wurde er in die Norwegische Akademie der Wissenschaften aufgenommen und 1940 zum Mitglied der Deutschen Akademie in München gewählt.

Eine Rede → Quislings im Storting am 7.4.1932 weckte L.s Interesse für diesen Politiker. Er gehörte zu den ersten Mitgliedern der »Nasjonal Samling« (NS), die Quisling mit einigen Freunden im Mai 1933 ins Leben rief. Nach der Gründung mehrerer Ortsgruppen der NS in Stavanger und Rogaland wurde L. Kreisleiter (fylkesfører). Im Wahlkampf 1933 hielt er politische Reden in Rogaland und West-Agder. Er entwickelte sich zu einem der besten Parteiredner der NS. Die Kommunalwahlen 1934 waren ein großer Erfolg für ihn. Die NS konnte die Stimmen des Vorjahres auf zwölf Prozent verdoppeln. Im Stadtrat von Stavanger stellte sie acht Mitglieder. L. führte die Fraktion.

Das größte politische Anliegen L.s war der Kampf gegen den Marxismus. Seine Auseinandersetzungen mit den örtlichen Sozialisten focht er im Haus des Volkes in Stavanger aus. Er bezichtigte sie des Betrugs an den Arbeitern. Als Mitglied des Stadtrats nahm er sich der Arbeitslosen an und kämpfte erbittert gegen das Befangenheitsgesetz und die Heimatbestimmungen, die den Arbeitslosen mittelalterliche Fesseln anlegten. Mit seiner Aktion für bessere Wohnungen für die Arbeitslosen wurde L. in Stavanger ein Volksheld.

1935 machte Quisling, der von L.s politischen Fähigkeiten überzeugt war, ihm das Angebot, Propagandachef der NS zu werden. L., der als Wissenschaftler und Firmendirektor eine ausfüllende und verantwortungsvolle Stellung bekleidete, weigerte sich zuerst, die Aufgabe zu übernehmen, da er meinte, seine knappe Freizeit werde für eine solche Arbeit nicht ausreichen, aber auf Drängen Quislings nahm er das Amt an. In seinem Sommerurlaub 1935 führte er Parteiveranstaltungen in Nordland, Troms und Finnmark durch, und 1936 reiste er durch Sogn und Fjordane, Møre und Romsdal und Nord- und Süd-Trøndelag. Überall wurden seine Reden mit großer Begeisterung aufgenommen, und die Leute scheuten keinen Weg, um ihn zu hören. Zusätzlich zu den Hunderten von Vorträgen veröffentlichte er zahlreiche politische Artikel in der Presse. Er schrieb auch eine Reihe vielbeachteter politischer Schriften und Broschüren, unter anderem mit Titeln wie »Das Gift des Marxismus«, »Nordnorwegen für Norwegen«, »Norwegens Recht auf Grönland«, »Für Norwegens Fischer« und »Vidkun Quisling«.

Als Quisling nach der deutschen Invasion in Norwegen am 9.4.1940 eine Regierungsmannschaft zusammenstellte, bestimmte er L. zum Sozialminister. Das Kabinett konnte wegen des deutschen Einspruchs nicht wirksam werden. Am 25.9.1940 ernannte der deutsche Reichskommissar in Norwegen, Josef Terboven, L. zum Leiter des Ministeriums für Kultur und Volksaufklärung (Kultur- og Folkeopplysningsdepartement) im Staatsrat (kommissarisk riksråd), der unter deutscher Aufsicht die Regierungsgeschäfte in Norwegen führte. In dieser Funktion förderte L. das norwegische Kulturleben unter dem neuen Aspekt der Volkskultur. Der Drang, im Volksleben das typisch Norwegische ausfindig zu machen

und zu pflegen, war die treibende Kraft seiner Maßnahmen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wies er auf die großen Kulturleistungen seines Volkes hin und setzte sich für die Anliegen der nationalen Kunst ein. Er betonte das reiche Erbe der Vorfäter und regte zahlreiche Projekte auf allen Ebenen der nationalen Kultur an. Im Dezember 1940 traf L. mit dem deutschen Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Joseph Goebbels, in Oslo zusammen. Goebbels nannte L. nach dem Treffen »energisch und intelligent. Das beste Pferd im Stall«.

Weniger Erfolg hatte L. bei der Gleichschaltung der Medien. Es gelang ihm nicht, eine zentrale Presseorganisation durchzusetzen und die Steuerung der Zeitungen zu perfektionieren. Obwohl die Parteizeitung »Fritts Folks« die auflagenstärkste Tageszeitung des Landes war, richteten sich viele Regionalzeitungen nicht nach ihr aus. Zur Nachrichtensteuerung gründete das Deutsche Nachrichten-Büro (DNB) zusammen mit dem Norsk Telegram Byra (NTB) eine norwegisch registrierte Gesellschaft namens »Pressenyheter A/S« und übernahm im Laufe des Krieges 445 von 637 Aktienanteilen.

Seinem fruchtbaren Wirken für die norwegische Kultur setzte der Tod ein Ende. L. kam mit seiner Frau bei einem Fährunfall ums Leben. Am 31.10.1942 wurde er unter großer Anteilnahme der Bevölkerung mit einem Trauergottesdienst in der Osloer Dreifaltigkeitskirche geehrt. Seine Nachfolge im Ministeramt übernahm Jörgen → Fuglesang.

Literaturhinweise:

Gulbrand Lunde: Kampen om Norge, Oslo 1941

Hans-Dietrich Looock: Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970

Odd Melsom: Fra kirke- og kulturkamper under okkupasjonen, Oslo 1980

Knut Heidar: Norske politiske fakta, Oslo u. a. 1983

Peter F. Schmitt: Widerstand zwischen den Zeilen? Faschistische Okkupation und Presseleitung in Norwegen 1940 bis 1945, Köln 1985

Øystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører blir til, Oslo 1991

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

M

MACH, ALEXANDER, geb. 11.10.1902 in Polarikovo, gest. 15.10.1980 in Preßburg, Führer der »Hlinka-Garde« 1939–1940, slowakischer Innenminister 1940–1945

M. wurde in der Slowakei erstmals bekannt, als er als junges Mitglied der »Slowakischen Volkspartei« (SVP) die Parteiblätter »Slovak« und »Slovenska Pravda« redigierte. Seit 1924 gehörte er dem Politischen Komitee der Partei an. In den dreißiger Jahren zählte er zusammen mit → Durčanský zu den sogenannten »Nastupisten« in der SVP, die sich um den Herausgeber der Zeitschrift »Nastup« (Antritt), Vojtech → Tuka, scharten und angesichts der unerfüllten Autonomie-

wünsche der Slowaken in der Tschechoslowakischen Republik die Eigenständigkeit des slowakischen Volkstums pflegten. Der »christliche Nationalismus« der Slowaken gegenüber dem »freimaurerischen Tschechentum« wurde nach dem Abschluß des sowjetisch-tschechoslowakischen Abkommens vom 16.5.1935 zum Kampfruf der Nastupisten. Die Prager Regierung wurde beschuldigt, die Zusagen des Pittsburger Abkommens vom 31.5.1918 nicht einzuhalten, in dem dem slowakischen Bevölkerungsteil weitgehende Rechte zugesagt worden waren. Als Redakteur der »Slovenska Pravda« nutzte M. seine Möglichkeiten zur Propagierung der slowakischen Wünsche. In der Nummer vom 6.6.1938 schlug er die Gründung einer Kampfgruppe für die SVP vor, die wenig später als »Hlinka-Garde« unter dem Kommando von Sidor aufgestellt wurde. Beeindruckt vom wirtschaftlichen und außenpolitischen Aufstieg des Deutschen Reiches unter Hitler und beeinflusst vom nationalsozialistischen Gedankengut, entwickelte M. schließlich den Wunsch nach einer souveränen Slowakei an der Seite des Deutschen Reiches. Am 19.8.1938 leitete die SVP dem Prager Abgeordnetenhaus einen Autonomieentwurf zu. Nach dem Münchner Abkommen vom 30.9.1938, das die Abtretung der sudetendeutschen Gebiete an das Reich festlegte, forderten die slowakischen Parteien im Silleiner Abkommen vom 6.10.1938 das Parlament auf, den Autonomiewünschen umgehend zu entsprechen. Bereits am nächsten Tag wurde dem Rechnung getragen. Chef des autonomen Landesteils Slowakei wurde der Prälat Jöseph → Tiso, der die Propaganda M. anvertraute. M. begnügte sich nicht mit dem Erreichten, sondern erstrebte die völlige Selbständigkeit der Slowakei. Da diese Zielsetzung im Sinne der deutschen Reichsregierung war, konnte M. mit der finanziellen Unterstützung von dort rechnen. Mitte Oktober 1938 baten drei slowakische Politiker, unter ihnen M., im Rahmen von Wirtschaftsverhandlungen in Berlin, den Reichsmarschall Hermann Göring um seine Hilfe auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Im Dezember 1938 verhandelten Tuka und M. mit Vertretern der ruthenischen Landesregierung über die mögliche Eingliederung der Gebiete in eine selbständige Slowakei. Als Propagandachef und als stellvertretender Kommandeur der Hlinka-Garde boykottierte M. die Bemühungen der slowakischen Landesregierung unter Tiso um gute Beziehungen zu Prag. Mit den Unterlagen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda agitierte er gegen das Benesch-Regime in Prag, das angeblich von Marxisten, Freimaurern und Juden gesteuert werde. Er stimulierte die Entwicklung eines slowakischen Nationalgefühls in allen Schichten der Bevölkerung und versuchte, sein Konzept von einem autoritären Staat publik zu machen. Dazu setzte er Presse, Rundfunk, Film und Schriftum ein. Eine radikale Zensur unterdrückte andere Stimmen und brachte die politische Opposition zum Verstummen. Patriotische Veranstaltungen und volkstümliche Aufklärungsaktionen sollten die Bevölkerung für seine Ideen gewinnen. Entsprechend dem Silleiner Manifest vom 6.10.1938 erklärte M. insbesondere der »marxistisch-jüdischen Ideologie der Zerstörung und Gewalt« den Kampf. Nach seinen Vorstellungen sollten die Juden nur entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil gehobene Stellungen einnehmen und am Wirtschaftsleben beteiligt werden dürfen.

Am 18.12.1938 fanden nach einem propagandistischen Trommelfeuer M.s die

P.s. Radioansprachen in der «amerikanischen Stunde» von Radio Rom begannen am 23.1.1941. Sie standen jeden dritten Tag auf dem Programm und dauerten zwischen 7 und 10 Minuten. Er pries den Faschismus und machte den amerikanischen way of life verächtlich. Überall sah er jüdische Drahtzieher. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den USA und Italien im Dezember 1941 verweigerte ihm die amerikanische Botschaft, sich dem Transport für das diplomatische Personal nach Lissabon anzuschließen. Sein Paß wurde nicht verlängert. Am 26.1.1942 erhielt er vom italienischen Commando Supremo eine unbeschränkte Aufenthaltsgenehmigung für Italien.

Von seinen Radioansprachen nahm in den USA niemand Notiz außer dem CIA, obwohl seine Stimme über Kurzwelle gehört werden konnte. Er wetterte gegen die Juden und die Kapitalisten in den USA und in Großbritannien. »The Jew is a savage.« Gegen »Pogrome auf höchster Ebene« hatte er nichts einzuwenden. Er zweifelte am normalen Menschenverstand Roosevelts. Er beschwor die Amerikaner, seiner Lügenpropaganda keinen Glauben zu schenken. Er fürchtete um den Bestand der weißen Rasse. Am 5.5.1942 kommentierte er das Bündnis zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion: »Die Schweine und das Erzböse, das sich in London versammelt, haben jetzt, wie die britische Regierung die Indianer aufhetzte, um die Siedler der amerikanischen Grenze hinzuschlachten, die Slawen, Mongolen und Tataren offen gegen Deutschland ... losgelassen, und im geheimen auch gegen alles, was anständig ist in Amerika, d. h. gegen die gesamte amerikanische Tradition...« Er bedauerte das amerikanische Volk, das sich zur Verteidigung der jüdischen Weltherrschaft durch seinen Präsidenten in den Krieg an der Seite der Kommunisten habe hineinziehen lassen.

Wegen seiner amerikafeindlichen Äußerungen wurde P. am 26.7.1943 in den USA vor dem Distriktgericht des Bundesstaats Columbia zusammen mit sieben amerikanischen Radiopropagandisten in Deutschland wegen Hochverrats angeklagt. Die Anklageschrift, die ihm zugestellt wurde, beantwortete er am 4.8.1943. Er verteidigte sich mit dem Argument, daß die Kunst frei sei und er nie etwas sage, was gegen sein Gewissen oder seine Pflichten als amerikanischer Bürger verstoße. Er verteidigte lediglich die amerikanische Verfassung gegen die Manipulationen des US-Präsidenten.

Nach der Entmachtung Mussolinis am 25.7.1943 und dem italienischen Waffenstillstand vom 3.9.1943 konzentrierte sich P. in Rapallo auf seine literarische Arbeit. Er fertigte auch Übersetzungen aus dem Englischen ins Italienische und umgekehrt an. Daneben lieferte er Propagandamaterial und Durchhalteparolen für die faschistischen Zeitungen und die Rundfunkanstalt der Salò-Republik. Das sinkende Niveau seiner politischen Aussagen, die Verworrenheit seiner wirtschaftlichen Theorien, die Nichtssagendheit seiner persönlichen Briefe und der das Unverständliche streifende Abstraktionsgrad seiner Dichtungen galten vielen Freunden und Bekannten als Zeichen beginnender geistiger Verwirrtheit. Ende April 1945 ergriffen ihn zwei italienischen Partisanen in seinem neuen Haus in Sant' Ambrogio. Ein paar Tage später wurde er in Genua den amerikanischen Truppen übergeben. Am 22.5.1945 kam er in das American Disciplinary Training Center in Pisa. Im Lager Coltano, in das P. gebracht wurde, befanden sich 3600 Gefangene. Für ihn wurde ein zehn Quadratmeter großer und sieben

Meter hoher Spezialkäfig gebaut, den er Gorillakäfig nannte. Er war die ganze Nacht beleuchtet und wurde rund um die Uhr bewacht. Als P. unter dieser Folter physisch und psychisch zusammenbrach, wurde er in den medizinischen Bereich des Lagers überführt und durfte in einem Zelt schlafen. Dort fing P. wieder zu schreiben an. Es entstanden die »Pisan Cantos«, die von vielen Literaturkritikern für P.s. Meisterwerk gehalten werden. Am 18.11.1945 wurde er nach Washington geflogen. Am 4.12.1945 kam er ins Gallinger Hospital, wo ihn vier Psychiater eingehend untersuchten und die Diagnose »krimineller Wahnsinn« stellten. Am 21.12.1945 lieferte man ihn ins Psychiatrische Hospiz St. Elisabeth, ein Krankenhaus für kriminelle Geisteskranke, ein. P. bezeichnete es als »hell-hole«. Ein Gericht befand P. am 13.2.1946 für unzurechnungsfähig.

1948 begannen die Versuche, P. zu rehabilitieren. Einige seiner Radioansprachen wurden unter dem Titel »If this be Treason« veröffentlicht. 1949 bekam er für seine Cantos den Bollingen-Preis verliehen, was einen politischen und literarischen Aufruhr im Land auslöste. 1950 erschien sein Briefwechsel aus den Jahren 1907–1941. 1954 schrieb T. S. Eliot das Vorwort zu »The Literary Essays of Ezra Pound«. Ab 1955 stiegen die weltweiten Bemühungen um die Freilassung des Dichters. Aber erst am 18.4.1958 wurde die Anklage wegen Hochverrats fallengelassen. Nach der Freilassung kehrte P. mit seiner Frau und der Mutter seiner nichtehelichen Tochter nach Italien zurück und nahm seinen Wohnsitz auf Schloß Brunnenburg bei Meran. Die Stadt Triest machte ihn zum Ehrenbürger. Ab 1965 unternahm er mehrere Reisen nach London, Dublin, Paris, Zürich und New York. In den letzten Jahren versuchte er die Cantos fertigzustellen. Sie werden in der Literaturgeschichte als sein magnum opus gewürdigt. Nach seinem Tod wurde P. auf der Toteninsel San Michele in Venedig beigesetzt. Seine Frau starb ein Jahr nach ihm.

Literaturhinweise:

Peter Ackroyd: Ezra Pound, London 1980

E. Fuller Torrey: The Roots of Treason. Ezra Pound and the Secrets of St. Elizabeths, New York u. a. 1984

John Tytell: Ezra Pound. The Solitary Volcano, New York 1987

Wendy Stallard Flory: The American Ezra Pound, New Haven u. a. 1989

Christian Kirsch: Ezra Pound mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek 1992

Mary de Rachewitz: Diskretionen. Die Erinnerungen der Tochter Ezra Pounds, Innsbruck 1993

PRYTZ, ANTON FREDERIK WINTER JAKHELLN, geb. 14.2.1878 in Oslo, gest. 19.2.1945 ebenda, stellvertretender Führer der »Nasjonal Samling« (NS) 1933–1945, norwegischer Finanzminister 1942–1945

P. war der Sohn eines Pastors. Nach dem humanistischen Abitur an der Bergener Kathedralschule ging er 1897 zum Militär. 1899 wurde er Leutnant bei der Artillerie. 1905 begann er die Generalstabsausbildung an der Militärakademie. Nach seiner Beförderung zum Hauptmann 1913 schied er aus dem Heer aus. In der privaten Wirtschaft arbeitete P. zuerst bei einer Schiffsmaklerfirma in Archangelsk, übernahm dann die Führung einer norwegischen Bauholzagentur am Ort und gründete 1913 unter dem Namen Prytz & Co. seine eigene Firma. Er

Stiftungsgeschäftskontingents im Frühjahr 1917 v. kaufte er die Firma an die Russian Forest Industry Ltd., Kristiania, und wurde deren Geschäftsführer. Nach der russischen Revolution wurde P., der seit 1911 norwegischer Vizekonsul in Archangelsk war, der norwegischen Gesandtschaft in St. Petersburg als Handelsattaché zugeteilt. Dort lernte er → Quisling kennen, mit dem er bald freundschaftlich verbunden war. Da viele Staaten ihre diplomatischen Vertretungen aufgegeben hatten, wurde die norwegische Gesandtschaft mit der Wahrnehmung ihrer Geschäfte beauftragt. So kam P. in Vertretung des Gesandten in persönlichen Kontakt mit der kommunistischen Prominenz, auch mit den Mitgliedern des Obersten Sowjets.

Im Frühjahr 1920 wurden das Sägewerk und die in Privatbesitz befindlichen Bauholzlager in Archangelsk verstaatlicht. Zusammen mit zwei norwegischen Gesellschaften, die Sägewerke in Onega besaßen, gründete der Staat die Russo-Norwegian Onega Wood Company Ltd. Der 1923 mit dem Obersten Sowjet abgeschlossene Geschäftsvertrag diente als Muster für andere ausländische Zulassungen. P. wurde Geschäftsführer der Gesellschaft. Im Februar 1926 errichtete er eine Niederlassung in Moskau, deren Leitung Quisling mit Sitz in der britischen Botschaft übernahm. In Devisenspekulationen verwickelt, konnte P. im Frühjahr 1928 das Land gerade noch verlassen, bevor das Auslandskommissariat einschritt. Nach seiner Flucht aus der UdSSR gründete P. zwei Firmen in London. 1933 kaufte er den Hof Storfosen in Trondelag.

Während seines Prozesses 1945 lobte Quisling P. als seinen »ältesten Mitarbeiter und Freund«. Beide behaupteten, das Programm der »Nasjonal Samling« (NS) 1918 während des gemeinsamen Aufenthalts in St. Petersburg konzipiert zu haben. Im Gegensatz zu Quisling war P. schon damals von der Besonderheit des »nordischen Menschen« überzeugt. Da die nordrussische Industrie vor 1917 überwiegend in skandinavischen, niederländischen und deutsch-baltischen Händen war, sah er in der Oktoberrevolution nicht nur eine Kriegserklärung an die kapitalistische Ordnung, sondern auch gegen die nordische Prädominanz. Die Wiederbeschaffung der vorrevolutionären Privilegien blieb ein Ziel dieser Kreise, denen auch Alfred Rosenberg, der spätere Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP, angehörte.

Nach Nansens Tod 1930 bekam P. den dominierenden Einfluß auf Quisling. In dem Buch »Russland og vi«, das Quisling 1930 schrieb, ist das erkennbar. Wo Nansen gebremst hatte, spornte P. an. Er unterstützte ihn 1931 in der »Nordiske Folkereisning« und 1933 bei der Gründung der NS, deren erstes Mitglied P. war. Obwohl die Freundschaft nach der Wahlniederlage 1936 abkühlte, blieb P. in der Partei. Er nahm an der Ratssitzung der NS am 7.4.1940 in Oslo teil, ohne zu ahnen, daß die Besetzung Norwegens durch die Wehrmacht am 9.4.1940 beginnen sollte. Quislings Rundfunkansprache an das norwegische Volk und seine Ernennung zum Finanzminister am Nachmittag des 9.4.1940 kamen deshalb überraschend für ihn. Er war einer Zusammenarbeit mit den Deutschen nicht abgeneigt, wie ein abgehörtes Gespräch der deutschen Stellen in Trondheim mit der deutschen Gesandtschaft in Stockholm am 13.4.1940 beweist: »Diese Männer, → Skancke und Prytz, sind bereit, mitzuarbeiten, und wollen gerne nach Oslo kommen, um zu verhandeln.« Bevor P. in Oslo eintraf, war Quisling auf deutsches

Drängen wieder zurückgetreten. Nachdem der deutsche Reichskommissar in Norwegen, Josef Terboven, im Einvernehmen mit Quisling am 25.9.1940 alle Ministerposten in der geschäftsführenden Regierung (kommissarisk riksråd) abgegeben hatte, blieb für P. nur die Gauleitung von Süd-Trondelag übrig. Am 10.10.1940 erhielt er seine Ernennung zum Fylkesmann. In dieser Funktion drückte er die neue Kommunalordnung durch und trug nach Kräften zur Nazifizierung der Verwaltung bei. Bei der Umbesetzung der Regierung nach der Bestallung Quislings als Ministerpräsident am 1.2.1942 bekam P. das Finanzministerium. In seiner neuen Stellung versuchte er, die divergierenden Meinungen Terbovens und Quislings in Übereinstimmung zu bringen und die Quislinggegner unter → Hagelin zu isolieren. Wegen der steigenden Staatsausgaben lag P. in dauerndem Streit mit den Ressortbeamten, die eine Senkung der Besatzungskosten anstrebten und kein Verständnis dafür hatten, daß die NS Steuergelder kassierte und Quisling, wie früher der König, von Steuern befreit sein sollte.

P. beschwor die Ministerkollegen im Reichsrat, an der Neuordnung Europas mitzuarbeiten und das Großgermanische Reich unter deutscher Führung zu bejahen. Die Rassenbrüderschaft mit den Deutschen garantiere den Norwegern eine gute Stellung, wenn sich die Norweger in großer Zahl als Freiwillige der Waffen-SS im Kampf gegen den Bolschewismus bewährten. Sein Aufruf auf dem 8. Reichstreffen der NS am 25.9.1942, das durch einen britischen Luftangriff gestört wurde, fand solche Zustimmung, daß Quisling einschreiten mußte, um den norwegischen Pangermanismus in Schranken zu halten und die Kontrolle über das Parteivolk nicht zu verlieren. Er bat P. um Zurückhaltung in dieser Frage. 1943 mehrten sich die Auseinandersetzungen mit seinem Intimfeind Hagelin, der P. wegen seiner »unnorwegischen Politik« aus der Parteiführung entfernen wollte. Im Gegensatz zu Hagelin hatte P. jedoch das Vertrauen Quislings.

Am 25.9.1944 richtete P. mit Unterstützung der anderen Ministerkollegen die Bitte an Quisling, in Verhandlungen mit Hitler einen Friedensschluß zwischen »dem Großdeutschen Reich und Norwegen, vertreten durch die nationale Regierung« herbeizuführen, und als Regent die Macht zu übernehmen. Gegenwärtig könne »die nationale Regierung nicht als Repräsentant einer norwegischen selbständigen Führung betrachtet werden, sondern nur als ein Verwaltungsorgan unter deutscher Führung«. Die Unterzeichner schätzten ihre Position so ein: »Das norwegische Volk besteht nur zu einem sehr geringen Teil aus aktiven Gegnern unseres Standpunktes und unserer politischen Linie. Die große Mehrzahl nimmt eine abwartende, neutrale Haltung ein«. P. ging davon aus, daß das norwegische Volk von der Londoner Exilregierung ablassen würde, wenn Norwegen ein neues Staatsoberhaupt hätte und die Regierung in Oslo alle Vollmachten von den Deutschen übertragen bekäme.

Ab September 1944 fiel P. wegen seiner Krebserkrankung immer häufiger aus. Er war der einzige Norweger, der von Quisling das Großkreuz des Sankt Olaf-Ordens überreicht bekam. Am 28.10.1944 brachte es Quisling persönlich ans Krankenbett.

P.s Tod wenige Wochen vor dem Kriegsende machte einen Prozeß gegen ihn nach dem Krieg überflüssig, der viele Einzelheiten seiner Tätigkeit ans Tageslicht gefördert hätte, die bis heute unklar sind. Als die Hauptlinie seines Wirkens

tritt seine eigene Nutzung der von Joseph Machuga wachsenden willkommen, wenn er wirtschaftliche Vorteile verschaffte. Als alter Vertrauter und Freund Quislings konnte er es als einziger wagen, dem »Förder« Vorhaltungen zu machen und als Wortführer von Kritikern aufzutreten, wobei er keine Gelegenheit versäumte, Quisling als ein großes politisches Talent zu loben. Quisling wurde von ihm angespornt und fühlte sich gleichzeitig unsicher ihm gegenüber. P. war in St. Petersburg und in Moskau immerhin sein Vorgesetzter gewesen und konnte fließend die Gedanken zum Ausdruck bringen, deren Formulierung Quisling schwer fiel. Auch wenn Quisling das Gefühl hatte, von P. ausgenutzt zu werden, konnte er sich nicht aus seinem Schatten befreien.

Literaturhinweise:

Sverre Hartmann: Forer uten folk, Oslo 1959

J. Andenaes, O. Riste und M. Skodvin : Norway and the Second World War, Oslo 1966

Hans-Dietrich Looch: Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970

Svein Blindheim: Fronkjemperbevegelsen. Hovedoppgave i Historie, Oslo 1974

John Lyng: Forræderiets epoke, Oslo 1979

Peter Schmitt: Widerstand zwischen den Zeilen. Faschistische Okkupation und Presselenkung in Norwegen 1940 bis 1945, Köln 1985

Nils Johan Ringdal: Gal mann til rett tid, Oslo 1989

Oystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører blir til, Oslo 1991

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en fører for fall, Oslo 1992

PUAUD, EDGAR, geb. 29.10. 1889 in Orléans, vermißt im April 1945 in Pommern, Kommandeur der »Légion des Volontaires Français contre le bolchevisme« (LVF) 1943–1944, Führer der »Brigade France« 1944, Chef des Stabes der 33. Waffengrenadierdivision der SS »Charlemagne« 1945, Oberführer der Waffen-SS

Noch vor der Besetzung Indochinas durch die japanischen Streitkräfte kehrte P. im Mai 1941 nach Frankreich zurück. Als Kolonialoffizier wußte er die militärischen Leistungen der Deutschen im Feldzug gegen Frankreich zu würdigen. Um weiter als Soldat tätig sein zu können, schloß er sich der »Légion des Volontaires Français contre le bolchevisme« (LVF) an, die nach dem Beginn des deutschen Rußlandfeldzugs aus Freiwilligen der besetzten Zone Frankreichs aufgestellt wurde, um zu dokumentieren, daß die Franzosen die Niederrichtung des Bolschewismus unterstützten. P. war bereit, den vorgeschriebenen Eid auf Hitler zu leisten: »Devant Dieu, je prête le serment sacré d'observer dans la lutte contre le bolchevisme une obéissance absolue au commandant en chef des armées alliées Adolf Hitler et d'être prêt en vaillant soldat à donner à tout moment ma vie pour ce serment.« Er fühlte sich in Übereinstimmung mit → Pétain, obwohl dieser die Anerkennung der Truppe als französisches Expeditionskorps verweigerte, weil die Angehörigen deutsche Uniform trugen. P. interpretierte den Einsatz auf deutscher Seite als Beitrag Frankreichs zum Schutz des Abendlands und für den Aufbau eines neuen Europas. P., der nie gegen deutsche Soldaten gekämpft hatte, empfand die neue Waffenbrüderschaft im Gegensatz zu vielen anderen, die im Frankreichfeldzug deutschen Soldaten ge-

genübergestanden hatten, so, wie es ein Tagesbefehl des Generals von der Gablentz ausdrückte, der unter Berufung auf den französischen Staatschef bekannte: »... nous considérons toujours comme un honneur et comme la garantie des temps nouveaux d'avoir scellé notre fraternité d'armes en versant notre sang en commun sur les champs de bataille.«

In der Zeitschrift »L'Œuvre« empfahl Marcel → Déat am 8.7.1941, den elsässischen General Hassler zum Kommandeur der LVF zu ernennen. Als dieser ablehnte, weil er die Abtretung des Elsaß an das Deutsche Reich mißbilligte und weil Angehörige seiner Familie in deutscher Kriegsgefangenschaft festgehalten wurden, fiel die Wahl auf Oberst Roger Henri Labonne, einen Schreibtischoffizier, der zuletzt französischer Militärattaché in der Türkei gewesen war. Er war jedoch den Anforderungen eines Truppenführers nicht gewachsen und wurde bereits nach wenigen Monaten abgelöst. Im Juli 1943 übernahm deshalb P. das Kommando über die 5000 Freiwilligen, nachdem er im Auftrag → Lavals auf dem Truppenübungsplatz Guéret eine »Légion tricolore« aufzustellen bemüht gewesen war. Als das Unternehmen von den Deutschen verboten wurde, weil man keine Truppe in französischen Uniformen wünschte, stand P. zur Disposition. Zusammen mit dem Feldgeistlichen der LVF, Monsignore → Mayol de Lupé, gelang es ihm, das Vertrauen der Freiwilligen in die Führung wiederherzustellen, das bei den Kämpfen vor Moskau im Winter 1941 und im Partisaneneinsatz bei der Heeresgruppe Mitte verloren gegangen war. P. bewies binnen kurzem die Leistungsfähigkeit seiner Truppe. Nach dem »Unternehmen Marokko« gegen die russischen Partisanen im Februar 1944 wurde sie erstmals im OKW-Bericht erwähnt. Mitte 1944 erhielt sie den Namen »Sturmbrigade Frankreich«. Im November 1944 wurde sie in die 33. Waffengrenadierdivision der SS »Charlemagne« einbezogen, die in Wildflecken aus Angehörigen der »Milice française«, die nach Deutschland geflüchtet waren, aus Angehörigen der »Organisation Todt« (OT) und des »Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps« (NSKK) und aus freiwilligen französischen Kriegsgefangenen aufgestellt wurde. Im Range eines Oberführers der SS wurde er dem Stab des Divisionskommandeurs, SS-Gruppenführer Kruckenberg, zuge-



teilt. Die neue Division kam im Februar 1945 an der Oderfront zum Einsatz. Im März 1945 wurde P. bei den Kämpfen gegen die Rote Armee in Pommern vermißt. Nach der Vernichtung der Division bei Neustettin wurde er das letzte Mal in einer Gruppe von Versprengten in einem Wald bei Belgard gesehen. Um die Ehrlosigkeit des alten Offiziers zu unterstreichen, brachte die französische

... mit Erläuterung nahmen die Alliierten zur Kenntnis, daß Jugosla-
wien sein Auslieferungsbegehren, angeblich auf Wunsch d Arabischen Liga
zurücknahm und den Mufti von Jeru... Liste der Kriegsverbrecher strich. Als im
November 1945 das AHC wieder ins Leben gerufen wurde, wurde der Platz
Präsidenten für H. freigehalten. Im Mai 1946 flog H. mit falschem Paß in eine
amerikanischen Militärmaschine nach Kairo. Mit Billigung der Arabischen
konnte er von dort aus das Palestine Higher Executive, wie sich das AHC
bergehend nannte, leiten. Im Oktober 1947 verlegte er sein Hauptquartier in den
Libanon. Die Jewish Agency lehnte Verhandlungen mit ihm ab, weil er Hilfe
bei der Vernichtung der Juden geholfen habe. Nach der Niederlage der arabi-
schen Armeen gegen den am 15.5.1948 gegründeten Staat Israel bildete das
AHC am 22.9.1948 eine gesamtpalästinensische Regierung in Gaza, als dessen
Präsident der Großmufti vorgesehen war. Die Regierungsübernahme wurde von
palästinensischen Gruppen verhindert, die Abdullah zum König eines »Verein-
igten Palästinas und Transjordaniens« ausriefen. Als am 20.12.1948 ein neuer
Mufti von Jerusalem ernannt wurde, hatte H. alle Schlüsselpositionen verloren.
Seine Verbindungen zur fanatischen Moslembruderschaft und die innerarabi-
schen Auseinandersetzungen schmälerten seine Reputation. 1959 verlegte er
sein Hauptquartier von Kairo in den Libanon. Im Dezember 1964 präsidierte er
zwar über den 6. Islamischen Weltkongreß, aber sein Einfluß sank. Seine Kol-
laboration mit den Deutschen diente seinen Gegnern dazu, ihn auszuschalten.
An der Gründung der »Palestine Liberation Organisation« (PLO) im Juni 1964
war er nicht mehr beteiligt. Den Palästinensern in den Flüchtlingslagern der
Nachbarländer Israels war die feudalistisch-religiöse Politik H.s nicht mehr zu
vermitteln. Sie orientierten sich an neuen revolutionären Werten. Im März 1967
besuchte H. nach dreißigjährigem Exil zum letztenmal Jerusalem.

Literaturhinweise:

- Heinz Tillmann: Deutschlands Araberpolitik im Zweiten Weltkrieg, Ost-Berlin 1965
Joseph Schechtmann: The Mufti and the Fuehrer, London 1965
Lukasz Hirsowicz: The Third Reich and the Arab East, London u. a. 1966
Fritz Grobba: Männer und Mächte im Orient. 25 Jahre diplomatischer Tätigkeit im Orient,
Göttingen u. a. 1967
Bernd Philipp Schröder: Deutschland und der Mittlere Osten im Zweiten Weltkrieg, Göt-
tingen u. a. 1975
Anthony R. De Luca: Der Großmufti in Berlin. The Politics of Collaboration, in: Interna-
tional Journal of Middle East Studies 10/1979
Taysir Jbara: Palestinian Leader Hajj Amin al-Husayni Mufti of Jerusalem, Princeton 1985
Klaus Gensicke: Der Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, und die Nationalsozialisten,
Frankfurt u. a. 1988

HVOSLEF, RAGNALD, geb. 19.9.1872 in Oslo, gest. 7.8.1944 ebenda, Leiter
der »Nasjonal Samlings Inspeksjons Avdeling« 1943–1945, Polizeipräsident
von Kirkenes 1943–1944

H. stammte von dänischen Ahnen. Er erbt den Hof Tandberg in Norderhov mit
großem Waldbesitz. Vor diesem wirtschaftlichen Hintergrund beschloß er, Offi-

... eine lebenslange Freundschaft verband. Das gemeinsame Interesse an der
Waldpflege u der Holzverwertung gab ihnen die Möglichkeit zu häufigem Er-
nährungsaustausch. Zur gleichen Zeit, als Prytz Handelsattaché in Petersburg
war H. Militärattaché in Washington. Als beide wieder von ihren Aus-
verwendungen zurückkehrten, organisierten sie Zusammenkünfte natio-
nalkender Norweger in der Hafnfjordsgate, wo Prytz wohnte. Der gemeinsa-
stand links. Von seinem eigenen Hof aus leitete H. die freiwillige Mi-
organisation »Samfundsværn«, die militärisch vorgebildete Freiwillige
Streiks und revolutionäre Umwälzungsversuche der Sozialisten rekrui-
1929 erhielt sie den Status einer Hilfspolizei. 1931 stellte H. die Organi-
mangels Mittel ein und gab den Weg frei für die Nachfolgeorganisation
»Leidang«.

H. stand als Major der Reserve außerhalb der norwegischen Armee, als er mit
den ehemaligen Offizierskameraden → Quisling und Prytz 1931 die national-
politische Organisation »Nordiske Folkereisning« zur Durchsetzung einer auto-
nitären ständischen Staatsverfassung und im März 1933 die »Nasjonal Samling«
(NS) als rechtskonservative nationale Partei gründete.

Nach längerer Trennung bekam H. von Quisling im August 1939 in einem Oslo-
er Theatercafé das Angebot, in einer nationalen Regierung mitzuarbeiten, um
den Niedergang Norwegens aufzuhalten. Als Quisling am Abend des deutschen
Invasionstages am 9.4.1940 die neue Regierung unter seiner Leitung ausrief,
befand sich H. in Finnland, um nach der Beendigung des Finnisch-russischen
Winterkrieges die Demobilisierung der norwegischen Freiwilligen zu bewerk-
stelligen. Er wurde von Quisling telegraphisch nach Hause beordert, um das
Amt des Verteidigungsministers zu übernehmen. H. lehnte das Angebot tele-
graphisch ab. Für Quisling war die Absage ein Schock. Er konnte nicht verstehen,
daß einer aus der Kerngruppe der Hafnfjordsgate, ein Mitgründer sowohl
der »Nordiske Folkereisning« als auch der »Nasjonal Samling«, der ihm fast
zehn Jahre gefolgt war, den Ernst der Lage nicht verstand.

Wie viele Mitglieder der »Nasjonal Samling« ignorierte H. auch den Befehl des
Parteiführers, die Mobilmachung abzubrechen und den Widerstand gegen die
Deutschen aufzugeben. Er meldete sich wie Jonas Lie, mit dem er am 20.4.1940
in Drevsjo zusammentraf, sofort nach seiner Rückkehr nach Norwegen bei sei-
ner Truppe und nahm bis Mai 1940 in Südnorwegen aktiv am Kampf gegen die
Wehrmacht teil. Erst nach der Kapitulation Norwegens am 9.6.1940 nahm H.
seine alten Beziehungen zu Quisling wieder auf, der zu dieser Zeit von den
Deutschen entmachtet und mit Abrüstungsfragen beschäftigt war. Er erhielt den
Auftrag, für die NS eine Abwehrorganisation aufzubauen. Sie bekam den Na-
men »Nasjonal Samlings Inspeksjons Avdeling«. Ihre Aufgabe bestand darin,
die Stimmung in der Bevölkerung zu erforschen und den Parteiführer über die
internen Verhältnisse in der Partei zu informieren. H. war bis zu seinem Tod Lei-
ter der Organisation.

Im Januar 1943 wurde H. Polizeipräsident von Kirkenes. Er behielt das Amt bis
zur Räumung Nordnorwegens durch die Deutschen infolge der finnischen Ka-
pitulation am 19.9.1944.

Literaturwissenschaftliche Okkupationshistorie, 2014

Hans-Dietrich Looock: Quisling, Rosenberg und Terboven, Stuttgart 1970

Öystein Sorensen: Hitler eller Quisling, Cappelen 1989

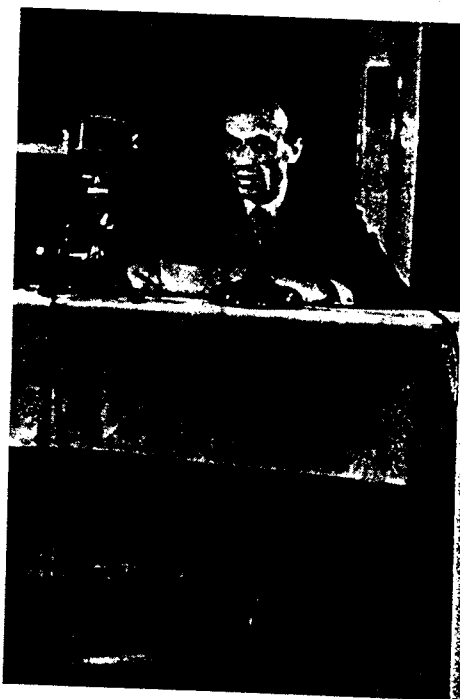
Sverre Rodder: Min aere er troskap, Oslo 1990

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en förer blir til, Oslo 1991

Hans Fredrik Dahl: Vidkun Quisling – en förer for fall, Oslo 1992

I

IMRÉDY, BÉLA, geb. 29.12.1891 in Budapest, hingerichtet 28.2.1946 ebenda, ungarischer Finanzminister 1932–1936 und Ministerpräsident 1938–1939, Führer der »Partei der ungarischen Erneuerung« 1940–1944, Wirtschaftsminister der Regierung Szálasi 1944



Nach seinem Jurastudium war I. 1919–1921 in der Finanzverwaltung beschäftigt. Ab 1921 Sekretär und ab 1924 Generalsekretär des Verbands der Sparkassen und Bankgesellschaften, ab 1926 stellvertretender Direktor und ab 1929 Direktor der Ungarischen Nationalbank, nahm I. an den wichtigsten internationalen Wirtschaftskonferenzen der zwanziger Jahre teil. In der Regierung → Gömbös war er vom 1.10.1932 bis 6.1.1935 Finanzminister. Nach der Demission des Kabinetts Gömbös ernannte ihn der Reichsverweser → Horthy zum Präsidenten der Nationalbank. Am 14.5.1938 wurde I. Ministerpräsident. Am 18.7.1938 fuhr er nach Rom, um Mussolini um Unterstützung zu bitten, falls bei der Lösung der tschechoslowakischen Frage Jugoslawien gegen Ungarn vorgehen sollte. Die Reise war erfolglos. Im August 1938 begleitete er Horthy zu Hitler nach Kiel. Es kam zu Meinungsverschiedenheiten über das geplante Vorgehen gegen die ČSR. Die Ungarn lehnten den deutschen Wunsch ab, sich militärisch zu beteiligen, und warnten vor einem neuen Weltkrieg. Trotzdem bekam Ungarn beim Ersten Wiener Schiedsspruch vom 2.11.1938 die mehrheitlich von Ungarn bewohnten Teile der Slowakei zugesprochen. I. war enttäuscht von den Franzosen und Briten, die sich aus ihrer Verantwortung für die durch die Pariser Vorortverträge nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Situation in Ostmitteleuropa hinausstahlen. Deshalb betrieb er nach dem Münchner Abkommen vom 30.9.1938 eine prodeutsche Poli-

itik. Überzeugt von der Schwäche der Demokratien gegenüber den autoritär geführten Staaten war er bereit, Ungarn nach dem Muster der faschistischen Staaten zu gestalten. Er initiierte den Erlaß des ersten Judengesetzes und die Ausarbeitung des zweiten. Er setzte die Einschränkung der Pressefreiheit durch und gründete am 6.1.1939 die rechtsgerichtete Organisation »Ungarisches Leben« (Magyar Elet Mozgalom) zur Rückbesinnung auf die traditionellen Werte des Magyarentums. Mit dem Beitritt zum Antikominternpakt am 13.1.1939 schloß er sich dem Kampf gegen den atheistischen und materialistischen Kommunismus an. I. genehmigte den »Volksbund der Deutschen in Ungarn« als nationale Organisation und führte die Wehrpflicht mit einem dreijährigen Wehrdienst für alle männlichen Ungarn ein. Mit einer Landreform versuchte er, das bäuerliche Element im Magyarentum zu stärken.

Am 16.2.1939 wurde I. mit der Begründung, daß seine Abstammung nicht rein arisch sei, von der konservativen Opposition zum Rücktritt gezwungen. Trotzdem blieb er weiterhin einer der Führer der Rechten. Im März 1940 forderte er → Teleki zu einer engeren Zusammenarbeit mit Deutschland auf. Im Oktober 1940 gründete er die »Partei der ungarischen Erneuerung« (Magyar Megújulás Pártja), die mit der »Ungarischen Nationalsozialistischen Partei« ein Bündnis schloß. Er versöhnte sich mit → Szálasi, den er während seiner Ministerpräsidentschaft ins Gefängnis gebracht hatte. Dem ungarischen Beitritt zum Dreimächtepakt vom 20.11.1940 stimmte er im Auswärtigen Ausschuß des Parlaments zu, und den ungarisch-jugoslawischen Freundschaftspakt vom 12.12.1940 lehnte er wie alle ungarischen Patrioten entschieden ab. Während der Regierungszeit Kállays vom März 1942 bis Juli 1943 entwickelte er sich zum Führer der Opposition. Dem deutschen Auswärtigen Amt vermittelte er über den deutschen Botschafter Veesenmeyer wertvolle Informationen zur ungarischen Politik, unter anderem über die Kontaktaufnahme der Regierung zu den Westmächten.

Als die deutsche Wehrmacht am 19.3.1944 Ungarn besetzte, sollte I. trotz seiner jüdischen Herkunft als Nachfolger Kállays Ministerpräsident werden. Da Horthy dazu seine Einwilligung verweigerte, wurde er lediglich Wirtschaftsminister in der Regierung → Sztójay. Zu seinen Aufgaben gehörten die Verhandlungen mit den deutschen Behörden über die Besatzungskosten und die ungarischen Wirtschaftslieferungen. Dem deutschen Druck hatte er nichts entgegenzusetzen. Die Regierungsvereinbarung vom 2.6.1944 unterstellte die ungarische Wirtschaft mehr oder weniger den deutschen Erfordernissen. Am 7.8.1944 trat I. zusammen mit zwei anderen Ministern seiner Partei von seinem Regierungsamt zurück, um gegen die Konfiszierung jüdischer Industriewerke durch die SS und die Brutalitäten bei der Judendeportation zu protestieren. Im Herbst 1944 nahm er als Vertreter seiner Partei und als Führer des »Kameradschaftsbundes der Ostfrontkämpfer« an der Arbeit des von den Pfeilkreuzlern beherrschten Parlaments teil. Im Frühjahr 1945 verließ er Ungarn. Von den Alliierten an die ungarische Regierung ausgeliefert, wurde er im November 1945 in einem Volksgerichtsverfahren zum Tode verurteilt. Im Gefängnis erarbeitete er Pläne zur Stabilisierung der ungarischen Nachkriegswährung, die später vom kommunistischen Ministerpräsidenten Mátyás Rákosi in die Wirklichkeit umgesetzt wurden.